

Vorlage
für die Sitzung der staatlichen und städtischen
Deputation für Gesundheit
am 6. Dezember 2011

Aufstellung der Haushalte 2012/2013

A Problem

Der Senat hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober 2011 folgende Festlegungen für die Bildung der Eckwerte und das Aufstellungsverfahren für die Haushaltsjahre 2012/2013 beschlossen:

1. Konsumtive Einnahmen

Grundsätzliche Steigerung der konsumtiven Einnahmen um jeweils 1,3 % p. a. Hierzu gibt es jedoch aufgrund bestehender Beschlusslagen Rahmen verändernde Ausnahmen, wie z.B. die Sozialleistungen, deren Einnahmen um 1,7% gesteigert wurden, und andere Vorabdotierungen, insbesondere bei den Drittmitteln.

Hierdurch ergibt sich für die verbleibenden konsumtiven Einnahmen eine Steigerung von 2,8% bzw. 1,5%.

2. Konsumtive Ausgaben

Generelle Erhöhung der konsumtiven Ausgaben um 1,0% bzw. 0,8 %. Auch hierzu gibt es Rahmen verändernde Beschlusslagen und Vorabdotierungen wie z.B. die Sozialleistungen, die um 1,7% gesteigert werden, so dass sich für die übrigen konsumtiven Ausgaben eine Reduzierung um 1,9% bzw. 0,9% ergibt.

3. Investitionen

Bei den Investitionen sieht die Finanzplanung eine Reduzierung um 1,5% bzw. 0,5% vor. Durch die zu 1. und 2 geschilderte Systematik ergibt sich jedoch für 2012 eine Reduzierung um 8,1%, in 2013 ergibt sich eine Steigerung von 2,9%. Die auf dieser Basis berechneten investiven Eckwerte sind im weiteren Verfahren wie in den vergangenen Haushaltsaufstellungen auf der Grundlage der maßnahmebezogenen Investitionsplanung konkretisiert worden. Die diesbezügliche Beschlussfassung am 29. November 2011 ergab für den Gesundheitsbereich eine Fortschreibung des Anchlages 2011 für den Doppelhaushalt 2012/2013.

4. Personalausgaben

Um das Ziel zu erreichen, die Personalausgaben für das aktive Personal sowie die sonstigen Personalausgaben konstant zu halten, wurde für die Personaleckwerte ein durchschnittlicher Personalabbau von 1,5% p.a. zugrunde gelegt. Die Einzelquoten werden differenziert nach folgenden Aufgabenbereichen: Schule und Polizeivollzug 1,2%, bürgernahe personenbezogenen Dienstleistungen 1,6%, interne Dienstleistungen und senatorische Behörden – soweit sie nicht personenbezogene Dienstleistungen erbringen – 2,6 %.

5. (Vor-) Finanzierung struktureller Entlastungen

Darüber hinaus hat der Senat beschlossen, ein Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ (UVI- Programm) mit einem Volumen von 30 bzw. 20 Mio. € aufzulegen, dass aus Steuermehreinnahmen finanziert werden soll.

B Lösung

Zu 1. Konsumtive Einnahmen

Entsprechend der Vorgaben des Senats wurden die Einnahmen des Produktplans 51 mit den vorgesehenen Zuwachsraten von 2,8% bzw. 1,5% fortgeschrieben.

Die Einnahmeerwartungen insbesondere beim Gewerbeaufsichtsamt, beim LMTVet und beim Eichamt sind abhängig von einer guten konjunkturellen Entwicklung. Diese wurde bei der Veranschlagung unterstellt.

Konsumtive Einnahmen in T€	Ist 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Eckwert 2012	Eckwert 2013
	13.797	12.456	12.567	12.885	13.056
Abzüglich Verlagerung der Einnahmen der Fach- dienste für Arbeitsschutz zur Senatorin für Finan- zen				-407	-412
PPL 51 Gesundheit	13.797	12.456	12.567	12.478	12.644

Für den PPL 51 ergeben sich durch die zu A. 1 beschriebene Systematik folgenden Besonderheiten

1.1.1.1.1.1 Vorabdotie- rungen	1.1.1.1.1.2 2012	1.1.1.1.1.3 2013
1.1.1.1.1.4 Mammascree- ning	1.1.1.1.1.5 1.344	1.1.1.1.1.6 1.344

1.1.1.1.1.7

Zu 2. Konsumtive Ausgaben

Entsprechend der Vorgaben des Senats wurden die Einnahmen des Produktplans 51 mit den vorgesehenen Abschlägen von- 1,9 % bzw. -0,9% fortgeschrieben.

Konsumtive Ausgaben in T€	Ist 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Eckwert 2012	Eckwert 2013
PPL 51 Gesundheit	13.856	14.623	14.676	14.481	14.387
Abzüglich Verlagerung der Ausgaben des Fachdienstes für Arbeitsschutz zur Sena- torin für Finanzen				-198	-197
PPL 51 Gesundheit	13.856	14.623	14.676	14.283	14.190

Für den PPL 51 ergeben sich durch die zu A. 2 beschriebene Systematik folgenden Besonderheiten

1.1.1.1.1.1.8 Vorabdotierungen	1.1.1.1.1.1.9 2012	1.1.1.1.1.1.10 2013
1.1.1.1.1.1.11 Mammascree- ning	1.1.1.1.1.1.12 650	1.1.1.1.1.1.13 650
1.1.1.1.1.1.14 Personalkos- tenzuschuss LUA	1.1.1.1.1.1.15 2.0	1.1.1.1.1.1.16 2.0

Darüber hinaus sind im Aufstellungszeitraum erstmalig die in den Produktplänen eckwert-relevant zu berücksichtigenden Zinsausgaben für außerhaushaltsmäßig (vor-) finanzierten Investitionsvorhaben ausgewiesen worden.

Eckwertrelevante Zinsausgaben der Kapitaldienstfinanzierung in Tsd. €	Eckwert 2012	Eckwert 2013
PPL 51 Gesundheit -Regionalisierung Psychiatrie	242	242

Das Hafengesundheitsamt wird aus organisatorischen Gründen zum 31.12.2011 aufgelöst. Die ärztlichen Aufgaben der Reisemedizin werden in Bremen vom Gesundheitsamt Bremen und in Bremerhaven vom Gesundheitsamt Bremerhaven durchgeführt. Die Aufgaben im Zusammenhang mit der Schiffsabfertigung und Schiffshygiene werden beim LMTVet weitergeführt. Die Einnahmen und Ausgaben des Hafengesundheitsamtes wurden in der Haushaltsaufstellung entsprechend der künftigen Organisation auf die Budgets der weiterführenden Ämter verteilt.

Produktbereich 41.07

Sozialleistungen gem. Kontrakt mit der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Da der Produktbereich 41.07 zu den Sozialleistungen gehört, wurden bei den Sozialpsychiatrischen Leistungen und bei den Kosten des Maßregelvollzuges die Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Vorgabe und des Ergebnisses des Haushaltes 2011 um 1,7% gesteigert veranschlagt.

Produktbereich 41.07 – folgende Eckwerte:

Konsumtive Einnahmen in T€	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Eckwert 2012	Eckwert 2013
Sozialpsychiatrische Leistungen	0	1.150	1.150	882	897
Kosten des Maßregelvollzuges	21	30	30	52	53
PPL Soziales (Produktbereich 41.07)	21	1.180	1.180	934	950

Konsumtive Ausgaben in T€	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Eckwert 2012	Eckwert 2013
Sozialpsychiatrische Leistungen	42.502	44.108	45.559	46.782	47.577
Kosten des Maßregelvollzuges	14.815	16.270	16.547	16.577	16.859
PPL Soziales (Produktbereich 41.07)	57.317	60.387	62.106	63.359	64.436

Zu den Sozialleistungen:

Nach der Trennung des Bereiches Gesundheit vom Ressort Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist zwischen den Beteiligten ein Kontrakt zur weiteren Zuständigkeit des Gesundheitsbereiches für den Produktbereich 41.07. – Sozialpsychiatrischen Leistungen und Kosten des Maßregelvollzuges – vereinbart worden.

Die Steigerung der Ausgaben im Bereich der ‚Sozialpsychiatrischen Leistungen‘ ist bedingt durch eine höhere Inanspruchnahme. In den Eckwerten können die Fallzahlsteigerung und die Anpassungen der Entgelte in diesem Bereich zum Teil aufgefangen werden. Die Deputation und der Senat werden regelmäßig über die Entwicklungen über den Bericht Sozialleistungen informiert.

Die Ausgaben des Maßregelvollzuges sind in den letzten beiden Jahren moderat angestiegen. Eine Steuerung dieses Bereich ist nicht möglich, da die Einweisungen über die Gerichte erfolgen.

Zu 3. Investitionen

In der Senatsvorlage wird festgestellt, dass es sich bei den investiven Einnahmen und Ausgabeeckwerten um Beträge handelt, die im Sinne einer maßnahmebezogenen Investitionsplanung wie in den vergangenen Jahren noch zu konkretisieren sind. Insofern seien noch Verschiebungen zwischen den Produktplänen möglich.

Der Senat hat auf seiner Sitzung am 29.11.2011 zur mittelfristigen maßnahmebezogenen Investitionsplanung 2011/2015 beschlossen, den Eckwert 2011 in Höhe von € 27.136 Mio. für die Folgejahre fortzuschreiben.

Diese Mittelansätze für den Bereich Gesundheit sehen wie folgt aus:

Investitionen in T€	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Eckwert 2012	Eckwert 2013
Gesundheit	30.168	27.931	27.136	27.136	27.136

Zu 4. Personal

Für die Personalausgaben sind im Planungszeitraum Zuwachsraten von 1,0 % (Finanzplanung für 2012 und 2013) und 0,9 % bzw. 1,0 % (Projektion für 2014 und 2015) vorgesehen.

Die bei diesen Berechnungen unterstellten Annahmen für die Planungen 2012/2013 lassen sich dabei wie folgt zusammenfassen:

- Den Personaleckwerten ist ein durchschnittlicher Personalabbau von 1,5% p.a. zugrunde gelegt worden. Die Einzelquoten werden differenziert nach folgenden Aufgabenbereichen: Schule und Polizeivollzug 1,2%, bürgernahe personenbezo-

genen Dienstleistungen 1,6%, interne Dienstleistungen und senatorische Behörden- soweit sie nicht personenbezogene Dienstleistungen erbringen -2,6 %.

- In den Budgets sind die bereits bekannten Tarif-/ Besoldungssteigerungen bereits enthalten.
- Die Personalkostenzuschüsse für ausgelagerte bremische Einrichtungen (Sonderhaushalte, hier das Landesuntersuchungsamt LUA, etc.) werden zukünftig konstant gehalten. Damit sind alle Kostensteigerungen z.B. für Tarife in den einzelnen Einrichtungen zu erwirtschaften.

Personelle Entwicklung im Produktplan 51 (Gesundheit):

Aufgrund der Altersstruktur ist in den kommenden Jahren bei Ausscheiden aus Altersgründen und bei sonstigen Fluktuationen eine Wiederbesetzung der Vakanzen aufgabenkritisch zu prüfen. Da das Aufgabenspektrum des Gesundheitsbereiches fast ausschließlich gesetzliche Aufgaben beinhaltet, sind hier weitere Aufgabenbündelungen notwendig. Ziel bleibt es, die PEP Zielzahlen und die damit verbundenen Budgets einzuhalten.

Risiken der Personalhaushalte 2012/2013

Aus dem Controllingbericht Januar bis Oktober 2011 wird zum Jahresende das Personalbudget im Kernbereich voraussichtlich um rd. 583 Tsd. Euro, insgesamt um 788 Tsd. Euro überschritten. Die Mehrausgaben können nicht vollständig innerhalb des Produktplans 51 (Gesundheit) ausgeglichen werden. Im Kernbereich konnte die Einsparquote aufgrund der fehlenden Fluktuation nicht erbracht werden. Mittelfristige Planungen sehen in Abhängigkeit von der Fluktuation deutliche Einsparungen vor.

Zielzahlen für das Beschäftigungsvolumen für den Produktplan 51

(Teilzeit in Vollzeit umgerechnet):

Produktplan	Bezeichnung	Zielzahl Dez. 2011	Zielzahl Dez. 2012	Zielzahl Dez. 2013
51	Gesundheit	289,48	286,47	281,53

Bei den Personalausgaben ist die Verlagerung der Fachdienste für Arbeitsschutz zur Senatorin für Finanzen noch nicht berücksichtigt worden:

Personalausgaben in T€	IST 2009	Anschlag 2010	Anschlag 2011	Eckwert 2012	Eckwert 2013
Gesundheit	22.452	21.120	21.150	21.632	21.380

Die noch bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen veranschlagten Personalmittel werden zur Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit verlagert.

Zu 5. (Vor-) Finanzierung struktureller Entlastungen

Das Ergebnis der ressortübergreifenden Staatsräte-Arbeitsgruppe am 18. 11.2011 für den Bereich Gesundheit ergab, dass keine der beantragten Maßnahmen Berücksichtigung fand.

Sonstige Veränderungen:

Verlagerung zentral veranschlagten Mitteln vom PPL 41 zum PPL 21 und 51

Mit dem neuen Ressortzuschnitt sollen die im PPL 41 der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Kapitel 0400 zentral veranschlagten Ausgaben und Einnahmen des Gesundheitsbereiches herausgelöst und in den PPL 21 Kapitel 0200 der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit verlagert werden.

Zuwendungen in den Haushalten 2012 und 2013

Die für die Eckwertbildung vorgegebenen Veränderungsrate von knapp -1,9 % (2012 gegenüber Anschlag 2011) bzw. -0,9% (2013) für konsumtive Ausgaben ist bei einem Teil der Zuwendungen/Zuschüssen nicht umgesetzt wurden.

- Rat- und Tat-Zentrum –Maßnahmen zur AIDS- Bekämpfung
- Gesundheitstreffpunkt

- Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen
- Frauengesundheitstreff Tenever
- Selbsthilfeförderung

Die Kürzungen waren bei diesen Trägern nicht vertretbar.

C Alternativen

Es sind keine Alternativen vorhanden.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung / Produktgruppenhaushalt

Sind unter B. Lösung dargestellt und ergeben sich aus dem Produktgruppen-Haushalt, der als führender Haushalt als Anlage 1 beigefügt ist.

Die kameralen Haushaltspläne, deren Anschläge in Einnahmen und Ausgaben Grundlage für die im Produktgruppenhaushalt ausgewiesenen kameralen Finanzdaten sind als Anlage 2 beigefügt.

Darlegung erforderlicher Ausgaben gem. Art. 131 a BremLV

Die Formblätter zur Darlegungspflicht im Sinne des Art. 131 a BremLV sind im Rahmen der Haushaltsanmeldungen von den jeweiligen Produktgruppenverantwortlichen ausgefüllt worden. Diese werden als Anlagen für den Produktplan 51 vorgelegt.

Die Gender-Aspekte wurden geprüft.

E Beteiligung/Abstimmung

Der vorliegende Entwurf wurde auf der Grundlage der Anmeldungen der Produktbereichs- und gruppenverantwortlichen im Rahmen der Eckwertvorgaben des Senats erstellt und mit den Abteilungen und Ämtern im Ressort erörtert.

F Beschluss

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den Haushaltsentwurf 2012 und 2013 für den Produktgruppenplan Gesundheit einschließlich des Produktbereichs 41.07 – Hilfen für Sucht-, Drogen-, Psychisch Kranke – zur Kenntnis.

Die staatliche Deputation für Gesundheit bestätigt die Feststellungen zur Darlegung der Zulässigkeit der Ausgaben nach Art. 131 a BremLV.

Die städtische Deputation für Gesundheit nimmt die Haushaltsentwürfe 2012 und 2013 für den Produktgruppenplan Gesundheit einschließlich des Produktbereichs 41.07 – Hilfen für Sucht-, Drogen-, Psychisch Kranke – zur Kenntnis.

Die städtische Deputation für Arbeit und Gesundheit bestätigt die Feststellungen zur Darlegung der Zulässigkeit der Ausgaben nach Art. 131 a BremLV.

Anlagen

Anlage 1 Produktplan 51

Anlage 2 Einzelplan 02

Anlage 3 Produktbereich 4107

Anlagen 4-12 Einzelne Produktgruppen

51.01 Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe

- 51.01.01 Gesundheitsförderung, -hilfe u. -schutz
- 51.01.02 Gesundheitsamt Bremen
- 51.01.03 Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen
- 51.01.04 Ambulante Drogen- und Suchtkrankenhilfe
- 51.01.06

51.02 Veterinärwesen, Lebensmittelsicherheit

- 51.02.01 LMTVet-Dienste des Landes Bremen
- 51.02.02 Landesuntersuchungsamt (LUA)
- 51.02.03

51.03 Sicherstellung der Krankenhausversorgung

- 51.03.01 Krankenhausplanung, Investitionsförd.

51.04 Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen

- 51.04.01 Fachdienste für Arbeitsschutz
- 51.04.02 Gewerbeaufsicht des Landes Bremen
- 51.04.03 Eichamt des Landes Bremen

51.90 Sonstiges Gesundheit

- 51.90.01 Senatorische Angelegenheiten Gesundheit

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

Ziel der bremischen Gesundheits- und Verbraucherschutzpolitik ist die Bewahrung und Förderung der gesundheitlichen Integrität der Bürgerinnen und Bürger.

Dafür sollen im Gesundheitswesen solidarisch finanzierte, qualitätsgesicherte und effiziente Gesundheitsdienstleistungen im notwendigen Maße erbracht werden, wobei der Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und dem gesundheitlichen Wohlergehen besonders beachtet werden soll.

Das Gesundheitswesen im Lande Bremen soll dabei nicht nur für eine qualitativ hochstehende Versorgung der Bevölkerung sorgen, es soll auch einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung und zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes leisten.

Der öffentliche Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz unterstützt das Ziel sicherer Arbeitsbedingungen und guter Produkte und Dienstleistungen.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Krankenhäuser auch im Rahmen der neuen Struktur der städtischen Kliniken durch Konzentration von Disziplinen, durch Erschließung hausübergreifender Rationalisierungspotentiale sowie Erweiterung des Leistungsspektrums durch die Integration nicht stationärer Leistungen. Konkretisierung der notwendigen Krankenhausinvestitionen für Bremen und Bremerhaven auch im Hinblick auf die neuen Vergütungsformen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Krankenhäuser in Bremen zu erhöhen, werden die Möglichkeiten konsequent für verstärkte Kooperation mit dem Ziel ausgeglichener Budgets genutzt. Die oberzentrale Funktion der Krankenhäuser mit einem hohen Versorgungsgrad auch niedersächsischer Patienten soll gesichert werden.

Zur Förderung und Sicherung des gesundheitlichen Kindeswohls werden beratende, aber auch kontrollierende Maßnahmen ausgebaut.

Die eingeleitete Reform der psychiatrischen Versorgung im ambulanten und stationären Bereich soll durch die weitere Regionalisierung der Krankenhausversorgung für alle Regionen der Stadt Bremen umgesetzt werden. In der Forensik sollen durch Differenzierung des therapeutischen Angebots die Behandlungschancen erhöht werden und zugleich der Schutz der Bevölkerung gesichert bleiben.

Die bremische Drogenpolitik wird mit ihren Säulen Prävention, gesundheitliche und soziale Hilfen, Schadensbegrenzung sowie repressive Elemente fortgesetzt.

Der staatliche Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz wird seine Kontroll- und Überwachungstätigkeit an dem Risikoprofil der einzelnen Betriebe ausrichten und den Auf- und Ausbau von betriebseigenen Qualitätsmanagement-Systemen und Arbeitsschutzstrategien dabei berücksichtigen.

Die Kooperation zwischen Lebensmittelüberwachung und Lebensmittelindustrie soll durch besondere Absprachen über das Qualitätsniveau Bremer und Bremerhavener Waren auch für ein überregionales Marketing genutzt werden. Die Kooperation zwischen Bremen und den norddeutschen Ländern im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes soll weiter ausgenutzt werden.

Die Leistungstransparenz im Gesundheitswesen wie auch für den Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz wird zur Verbesserung der Entscheidungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger ausgebaut.

Um Arbeitsplätze zu sichern und neue zukunftssichere Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven zu schaffen, wird die Gesundheitswirtschaft im Rahmen der Wirtschafts- und Innovationsförderung verstärkt unterstützt.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	12.293	12.441	12.567	12.572	13.796
Investive Einnahmen	0	0	0	3	10
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	46	99	57
Gesamteinnahmen	12.293	12.441	12.613	12.674	13.863
Personalausgaben	20.760	20.950	21.150	23.343	22.452
Sonst. konsumtive Ausgaben	13.246	13.692	14.676	14.719	13.856
Zinsausgaben	225	242	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	27.123	27.123	27.136	34.852	30.168
Verrechnungen/Erstattungen	15	15	15	10	612
Gesamtausgaben	61.369	62.022	62.977	72.924	67.088
Saldo	-49.076	-49.581	-50.364	-60.250	-53.225
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	20,03	20,06	20,03	17,38	20,66
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	299,3	0,0	299,7
Personalbestand	0,0	0,0	279,5	0,0	374,1
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	19,8	0,0	- 74,3
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote			4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	6,0	6,3
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	27,7	29,6
Frauenquote			50,0	55,0	60,1
Teilzeitquote			35,0	36,1	41,1
Schwerbehindertenquote			6,0	8,3	7,0

C. Erläuterungen zu A-B

Produktbereich: 51.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz und Gesundheitshilfe durch den öffentlichen Gesundheitsdienst insbesondere das Gesundheitsamt Bremen und das Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen sowie freie Träger.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Unter Einhaltung der Budgetvorgaben

- Erfüllung der bundes- und landesrechtlich vorgeschriebenen Leistungen
- Vorhaltung eines niedrighschwelligen Angebotes für Sucht- und Drogenkranke
- Unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips besondere Förderung und Hilfen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen organisieren.
- Stärkung des Kinderwohls in gesundheitlicher Hinsicht.

Langfristige Perspektiven:

Unter Beachtung des Subsidiaritätsgebotes:

Umbau der Leistungsverwaltung zur Steuerungsverwaltung, soweit nicht die eigene Leistungserbringung zwingend erforderlich ist.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	2.720	3.053	2.968	2.992	4.087
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	2.720	3.053	2.968	2.992	4.087
Personalausgaben	8.717	8.830	8.365	8.910	8.676
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.822	8.204	8.298	8.454	7.565
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	183	177	194	2.086	1.109
Verrechnungen/Erstattungen	5	5	5	0	515
Gesamtausgaben	16.727	17.216	16.862	19.450	17.865
Saldo	-14.007	-14.163	-13.894	-16.458	-13.778
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	16,26	17,73	17,60	15,38	22,88
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	124,6	0,0	125,5
Personalbestand	0,0	0,0	120,4	0,0	123,4
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	4,2	0,0	2,1
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote			4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	8,9	9,2
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	24,4	27,6
Frauenquote			50,0	67,3	71,4
Teilzeitquote			35,0	49,2	52,5
Schwerbehindertenquote			6,0	6,9	5,3

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Überwachung von Apotheken, Hersteller [ST]	75,000	75,000	75,000	81,000	64,000
Berufsrechtl. und sonst. Anerkennungen [ST]	570,000	570,000	570,000	639,000	667,000
Schiffsabfertigung in gesundh. Hinsicht [ST]			10.000,000	7.067,000	7.037,000
Reisemedizinische Beratungen [ST]	3.520,000	3.520,000	4.000,000	4.463,000	4.239,000
Amts-/Vertrauensärztl. Gutachten Erwachs. [ST]	2.700,000	2.700,000	2.600,000	2.889,000	2.598,000
Schutzimpfungen [ST]	1.848,000	1.848,000	2.400,000	2.737,000	2.875,000
Beratungskontakte HIV / AIDS / STD [ST]	2.400,000	2.400,000	3.100,000	3.301,000	3.028,000
Bürgerberatung zu Orts-/Umwelthygiene [ST]	3.300,000	3.300,000	4.000,000	3.263,000	3.816,000
Unters. neu in KTH aufgen. Ki./Schulanf. [ST]	5.350,000	5.350,000	5.350,000	4.997,000	5.241,000
Beratungen nach dem SFHG [ST]	9.500,000	9.500,000	9.500,000	10.157,000	10.087,000
Anz. v. Beratungsgespr. für Selbsthilfe [ST]	800,000	800,000	800,000	924,000	945,000
Untersuchung u. Behand. ausländ. Zuwanderer [ST]	1.800,000	1.800,000	1.800,000	1.570,000	1.318,000
Gemeldete Infektionskrankheiten [ST]	2.000,000	2.000,000	2.000,000	2.141,000	4.374,000
Betreute Klienten/Angehörige in den DBS [PRS]	1.100,000	1.100,000	1.100,000	1.181,000	1.063,000
Betr. Klienten Kontakt- u. Beratungszentr. [PRS]	1.100,000	1.100,000	1.100,000	1.024,000	1.046,000

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 51.01.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Gesundheitsförderung, -hilfe u. -schutz

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von HIV; Entwicklung und Förderung eines frauenspezifischen Konzepts zur Gesundheitsförderung und Krankheitsbewältigung; Umsetzung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes, des Krebsregistergesetzes und des Leichengesetzes; Gesundheitsberichterstattung; Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Umweltmedizin, Erteilung und Entzug von Approbationen, Erlaubnissen, Ermächtigungen, Anerkennungen und Zeugnissen; Überwachung von Herstellern, Betrieben und Einrichtungen; überregionale Einrichtungen im Gesundheitswesen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Förderung gesunder Lebens- und Umweltbedingungen einschließlich Gesundheitsbildung. Sicherstellung, dass die Bevölkerung von entsprechend qualifizierten Fachkräften versorgt wird. Gewährleistung einer optimalen Arzneimittelversorgung (einschl. Medizinprodukte) der Bevölkerung.

Auftragsgrundlage:

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst; Bürgerschafts-, Senats- und Deputationsbeschlüsse; Bundesärzteordnung, Zahnheilkundengesetz, Heilpraktikergesetz, Gesetz zur Ausführung der EG-Richtlinie Allgemeinmedizin, Bundesapothekerordnung, PTA-Gesetz, RöntgenVO, StrahlenschutzVO, Rettungsassistentengesetz, div. Ausbildungs- u. PrüfungsVO; TrinkwasserVO, Chemikaliengesetz, SGB V, Gewerbeordnung, Schwangeren- u. Familienhilfegesetz; Krebsregistergesetz, Gentechnik-Gesetz; Apothekengesetz, Apotheken-Betriebsordnung, Arzneimittelgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Heilmittelwerbegesetz, Medizinproduktegesetz, EG-Richtlinien; Psychotherapeutengesetz, diverse Länderabkommen.

Zuzuordnende Kapitel:

0501; 3501

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	124	479	496	474	1.550
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	124	479	496	474	1.550
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.945	3.302	3.212	3.182	2.858
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	1.875	920
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	2.945	3.302	3.212	5.057	3.778
Saldo	-2.821	-2.823	-2.716	-4.583	-2.228
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	4,21	14,51	15,44	9,37	41,03
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Persönliche Beratung zu HIV/AIDS	[ST]	400,000	400,000	400,000	539,000	598,000
Telefonische Beratung zu HIV/AIDS	[ST]	600,000	600,000	600,000	686,000	607,000
Betreute Menschen mit HIV/ AIDS	[ST]	30,000	30,000	30,000	92,000	97,000
Schwangersch.-konfliktberatung (SFHG)	[ST]	2.500,000	2.500,000	2.500,000	2.428,000	2.410,000
Telefonische Beratung zu HIV/AIDS	[ST]					239,000
Beratung z. Familienplanung (SFHG)	[ST]	3.400,000	3.400,000	3.400,000	3.529,000	3.892,000
Sonst. Beratungen nach dem SFHG	[ST]	3.600,000	3.600,000	3.600,000	4.200,000	3.785,000
Berufsrechtliche Anerkennung	[ST]	550,000	550,000	550,000	610,000	627,000
Einrichtungsbezogene Anerkennungen	[ST]	50,000	50,000	50,000	29,000	40,000
Überw. von Apotheken, Hersteller u.a.	[ST]	75,000	75,000	75,000	81,000	64,000
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
C. Vergleichskennzahlen						
D. Erläuterungen zu 3. A-C						

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2013	Anschlag 2012
Konsumtive Einnahmen	124	479	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	124	479	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.785	2.141	1.160	1.160
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	1.785	2.141	1.160	1.160
Saldo	-1.661	-1.662	-1.160	-1.160
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
Berufsrechtliche Anerkennung [ST]	550,000	550,000		
Einrichtungsbezogene Anerkennungen [ST]	50,000	50,000		
Überw. von Apotheken, Hersteller u.a. [ST]	75,000	75,000		
Sonst. Beratungen nach dem SFHG [ST]	3.600,000	3.600,000		
Beratung z. Familienplanung (SFHG) [ST]	3.400,000	3.400,000		
Betreute Menschen mit HIV/ AIDS [ST]			30,000	30,000
Persönliche Beratung zu HIV/AIDS [ST]			400,000	400,000
Schwangersch.-konfliktberatung (SFHG) [ST]	2.500,000	2.500,000		
Telefonische Beratung zu HIV/AIDS [ST]			600,000	600,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

--

Produktgruppe: 51.01.02

Verantwortlich: N.N.

Gesundheitsamt Bremen

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Wahrnehmung der insbesondere nach dem Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen (Gesundheitsdienstgesetz-ÖGDG) vorgegebenen Durchführungsaufgaben
Reise- und tropenmedizinische Beratungen und Durchführung von Impfungen.
Gelbfieberimpfstelle.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Betrachtung und Darstellung ausgewählter Daten über die Gesundheitssituation (Jahresgesundheitsbericht) sowie Beteiligung an der Gesundheitsberichtserstattung; Hinwirken auf gesundheitserhaltende und -fördernde ökologische und soziale Rahmenbedingungen; gesundheitliche Aufklärung, Gesundheitsbildung und -vorsorge, Bewertung von Umwelteinflüssen; subsidiäres Angebot gesundheitlicher Hilfen; gesundheitlicher Verbraucherschutz; Hinwirken auf gesundheitlich, insbesondere hygienisch unbedenkliche Verhältnisse zur Vermeidung von Gesundheitsgefährdungen oder -schädigungen; Verhütung und Eingrenzung übertragbarer Krankheiten; Aufsicht über Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens; Erstellen von amtlichen Bescheinigungen, Zeugnissen und amtlichen Gutachten; Bewertung gesundheitlicher Fragestellungen bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen; Stärkung des Kindeswohls in gesundheitlicher Hinsicht.
Schutz der Bevölkerung vor der Einschleppung von Krankheiten. Durchführung von Schutzimpfungen.

Auftragsgrundlage:

Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen (Gesundheitsdienstgesetz-ÖGDG) und weitere Landes- und Bundesgesetze und -verordnungen sowie die Bestimmungen der Europäischen Union
Impfpfehlungen (StIKo)

Zuzuordnende Kapitel:

3510

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	2.596	2.574	2.205	2.203	2.222
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	2.596	2.574	2.205	2.203	2.222
Personalausgaben	7.917	8.021	7.564	8.021	7.810
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.653	3.679	3.679	3.647	3.150
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	135	132	143	150	146
Verrechnungen/Erstattungen	5	5	5	0	515
Gesamtausgaben	11.710	11.837	11.391	11.818	11.621
Saldo	-9.114	-9.263	-9.186	-9.615	-9.399
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	22,17	21,75	19,36	18,64	19,12
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	109,8	0,0	110,3
Personalbestand	0,0	0,0	105,2	0,0	108,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	4,6	0,0	2,3
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	9,3	9,9
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	24,2	26,9
Frauenquote			50,0	70,8	75,1
Teilzeitquote			35,0	50,9	54,5
Schwerbehindertenquote			6,0	6,9	5,2
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Gemeldete Infektionskrankheiten	[ST]	2.000,000	2.000,000	2.000,000	2.141,000	4.374,000
Amts-/Vertrauensärztl. Gutachten Erwachs.	[ST]	2.700,000	2.700,000	2.600,000	2.889,000	2.598,000
Beratungskontakte HIV / AIDS / STD	[ST]	2.400,000	2.400,000	3.100,000	3.301,000	3.028,000
Bürgerberatung zu Orts-/Umwelthygiene	[ST]	3.300,000	3.300,000	4.000,000	3.263,000	3.816,000
Anz. v. Beratungsgespr. für Selbsthilfe	[ST]	800,000	800,000	800,000	924,000	945,000
Betreuungsaufnahmen Familienhebammen	[ST]	220,000	220,000	220,000	230,000	216,000
Untersuchung u.Behand.ausländ.Zuwanderer	[ST]	1.800,000	1.800,000	1.800,000	1.570,000	1.318,000
Betreute seel. kranke Kinder u. Jugendl.	[PRS]	500,000	500,000	500,000	710,000	455,000
Unters. neu in KTH aufgen. Ki./Schulanf.	[ST]	5.350,000	5.350,000	5.350,000	4.997,000	5.241,000
Reisemedizinische Beratungen	[ST]	3.520,000	3.520,000			
Schutzimpfungen	[ST]	1.848,000	1.848,000			
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
C. Vergleichskennzahlen						
D. Erläuterungen zu 3. A-C						
Die Daten für die Untersuchung von Kindergartenkindern und Schulanfängern beziehen sich auf ein Schuljahr.						

Produktgruppe: 51.01.03

Verantwortlich: N.N.

Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Überwachung von Schifffahrt und Häfen in medizinischer und hygienischer Hinsicht entsprechend der gesetzlichen Vorschriften; Überwachung des Trinkwassers, der Hygiene, der Lebensmittelhygiene und der medizinischen Ausrüstung auf Schiffen und im Hafengebiet; Ärztliche Behandlung von geschlechtskranken ausländischen Seeleuten; Reise- und tropenmedizinische Beratungen und Durchführung von Impfungen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Schutz der Bevölkerung vor der Einschleppung von Krankheiten; Präventiver Gesundheitsschutz auf Schiffen und im Hafengebiet; Verbesserung der medizinischen Versorgung auf Schiffen; Aufklärung über Infektionskrankheiten und Schutzmaßnahmen; Durchführung von Schutzimpfungen.

Auftragsgrundlage:

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen, Internationale Gesundheitsvorschriften, Brüsseler Abkommen, Infektionsschutzgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Trinkwasserverordnung, Logisverordnung, Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen, Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle, Impfpfehlungen, Bekanntmachung über Schutzimpfungen.

Zuzuordnende Kapitel:

3512

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	0	0	266	315	316
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	266	315	316
Personalausgaben	800	810	801	889	866
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	184	197	192
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	2	1	3
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	800	810	987	1.087	1.061
Saldo	-800	-810	-721	-772	-745
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	26,95	28,98	29,78
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	14,7	0,0	15,2
Personalbestand	0,0	0,0	15,2	0,0	15,4
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	- 0,5	0,0	- 0,2
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	4,6	1,8
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	27,0	35,0
Frauenquote			50,0	32,1	31,6
Teilzeitquote			35,0	32,1	31,6
Schwerbehindertenquote			6,0	7,5	5,7
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
Schiffsabfertigungen durch Bordbesuche [ST]			6.200,000	5.163,000	4.857,000		
Schiffsabfert. anhand gespeich. Daten [ST]			3.800,000	1.904,000	2.180,000		
Schutzimpfungen [ST]			2.400,000	2.737,000	2.875,000		
Reisemedizinische Beratungen [ST]			4.000,000	4.463,000	4.239,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Produktgruppe: 51.01.04

Verantwortlich: N.N.

Ambulante Drogen- und Suchtkrankenhilfe

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Das Angebot für Sucht- und Drogenkranke erfolgt durch das Kontakt- und Beratungszentrum für Drogenkranke -Grundversorgungszentrum mit niedrigschwelligen Angeboten durch den Träger comeback gGmbH und die Drogenberatungsstellen Mitte und Nord durch den Träger Ambulante Drogenhilfe Bremen gGmbH.
Über Zuwendungen werden darüber hinaus noch weitere Projekte der Suchtkranken- und Drogenhilfe finanziert, überwiegend im Bereich Selbsthilfe.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Übergeordnete Ziele der Hilfen sind:

- die Wiederherstellung bzw. Verbesserung der Fähigkeit eines selbst- und sozialverträglichen Konsums
- die Erhaltung, Verbesserung bzw. Wiederherstellung der körperlichen und psychischen Gesundheit sowie der sozialen Integration sowie
- die Wiederherstellung bzw. Verbesserung der Fähigkeit einer abstinenter Lebensführung.

Auftragsgrundlage:

SGB II, V, XII, ÖGDG, PsychKG

Senats- und Deputationsbeschlüsse

Drogenhilfepläne; Suchtkrankenhilfeplan

Selbsthilfeförderung

Zuzuordnende Kapitel:

3510

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.224	1.224	1.224	1.428	1.365
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	47	46	50	60	40
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	1.271	1.270	1.274	1.488	1.405
Saldo	-1.271	-1.270	-1.274	-1.488	-1.405
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Die Drogenberatungsstellen und das Kontakt- und Beratungszentrum TIVOLI waren bis Ende 2004 in kommunaler Trägerschaft des AfSD und wurden zum 1.1.2005 an die freigemeinnützigen Träger "Ambulante Drogenhilfe Bremen gGmbH" und "comeback gGmbH" abgegeben. Aufgeführt sind nur aus Zuwendungen finanzierte Projekte der Drogen- und Suchtkrankenhilfe.

Personalkosten des AfSD für ehem. Mitarbeiter/innen der Drogenhilfe, die im Rahmen des Personalüberganges ab 1.1.2005 bei den neuen Trägern beschäftigt sind, werden in der Produktgruppe 41.07.01 veranschlagt.

Die Mitarbeiter der med. Ambulanz werden weiterhin vertraglich und kostenseitig beim Gesundheitsamt geführt. Organisatorisch ist das Personal per Überlassungsvertrag seit dem 15.5.07 bei der comeback gGmbH eingebunden.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
Betreute Klienten/Angehörige in den DBS [PRS]	1.100,000	1.100,000	1.100,000	1.181,000	1.063,000		
Betr.Klienten Kontakt- u.Beratungszentr. [PRS]	1.100,000	1.100,000	1.100,000	1.024,000	1.046,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Überwachung der Lebensmittel produzierenden, herstellenden und vertreibenden Betriebe in Verbindung mit den notwendigen Untersuchungen
Bewertung und Beurteilung hygienischer Fragen in Verbindung mit der Untersuchung von Infektionserregern
Angelegenheiten des Tierschutzes und der Tierversuche
Ein-, Aus- und Durchfuhr von tierischen Produkten, Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zur Sicherung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes unter Berücksichtigung der Anforderung aufgrund neuer Tierseuchen
- Darauf aufbauend Entwicklung eines den neuen Prinzipien des gesundheitlichen Verbraucherschutzes verpflichteten Lebensmittelüberwachungskonzeptes, das risikoorientiert ausgerichtet wird
- Erweiterung des mit Niedersachsen abgeschlossenen Staatsvertrags auf Norddeutschland im Bereich der Lebensmittelüberwachung und -untersuchungen unter Berücksichtigung bestimmter Schwerpunkte.
- Erhöhung der Transparenz durch den aktiven Aufbau verbraucherfreundlicher Informationsmöglichkeiten.

Langfristige Perspektiven:

- Absicherung eines hohen Niveaus beim gesundheitlichen Verbraucherschutz (Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit).
- Optimierung der Untersuchungseinrichtung

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	7.332	7.221	6.999	6.813	7.307
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	46	46	46
Gesamteinnahmen	7.332	7.221	7.045	6.859	7.353
Personalausgaben	5.204	5.206	4.723	5.202	4.941
Sonst. konsumtive Ausgaben	4.848	4.901	5.283	4.524	4.548
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	405	393	427	526	533
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	10.457	10.500	10.433	10.252	10.022
Saldo	-3.125	-3.279	-3.388	-3.393	-2.669
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	70,12	68,77	67,53	66,90	73,37
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	51,7	0,0	46,3
Personalbestand	0,0	0,0	38,9	0,0	44,3
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	12,8	0,0	2,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote			4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	2,6	3,6
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	21,6	22,8
Frauenquote			50,0	42,6	47,7
Teilzeitquote			35,0	22,1	26,2
Schwerbehindertenquote			6,0	10,2	8,9

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Einfuhrsendungen Grenzkontrollstelle	[ST]	20.000,000	20.000,000	20.000,000	22.167,000	23.601,000
Probenannahme i.d. amtl. Lebensm.-überw.	[ST]	3.000,000	3.000,000	3.000,000	2.749,000	2.579,000
Tierschutzfälle	[ST]	450,000	450,000	450,000	508,000	593,000
Schlachtungen	[ST]	500.000,000	500.000,000	330.000,000	517.519,000	576.573,000
abgefert. Sendungen i.d. Pflanzenbeschau	[ST]	15.000,000	15.000,000	11.000,000	11.164,000	11.629,000
Untersuchung i.R.d.aml. Lebensm.-überw.	[ST]	147.200,000	147.200,000	147.200,000	155.948,000	145.874,000
Unters. Veterinärdiagnostik/Fleischhyg.	[ST]	30.000,000	30.000,000	30.000,000	31.476,000	35.027,000
Untersuchungen im Bereich Wasser	[ST]	19.000,000	19.000,000	19.000,000	22.135,000	24.982,000
Kontrollen i. d. amtl. Lebensm.-überw.	[ST]	7.500,000	7.500,000	7.500,000	8.249,000	8.567,000
zu überwachende Betriebe	[ST]	7.200,000	7.200,000	7.200,000	7.186,000	7.431,000
Anzahl der überwachten Betriebe	[ST]	3.000,000	3.000,000	4.000,000	3.808,000	3.955,000
Anzahl der beanstandeten Betriebe	[ST]	2.400,000	2.400,000	0,000	2.608,000	2.692,000
Schiffsabfertigung in gesundh. Hinsicht	[ST]	7.000,000	7.000,000			

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 51.02.01

Verantwortlich: Dr. Schröder

LMTVet-Dienste des Landes Bremen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.02

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Veterinärwesen, Lebensmittelsicherheit

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Durchführung der Lebensmittelüberwachung und Probenahme; Überwachung EU-zugelassener Betriebe; Vorbeugende und spezielle Tierseuchenbekämpfung; Tierschutzrechtliche Überwachung der zugelassenen Tierhaltungen; Bearbeitung von Tierschutzfällen; Abfertigung relevanter Produkte zur Ein- und Durchfuhr in der Grenzkontrollstelle; Abfertigung der Ein- und Durchfuhr von Futtermitteln; Schlachtier- und Fleischuntersuchungen an den Schlachthöfen; Tierarzneimittelüberwachung; Aufgaben des Pflanzenschutzes und der Pflanzenbeschau sowie Abfertigung der Einfuhr gentechnisch veränderter Saatgüter.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Sicherstellung der Rechtskonformität der im Verkehr befindlichen Lebensmittel (Gesundheitsschutz und Täuschungsschutz); Verhinderung und Bekämpfung von Tierseuchen und Durchsetzung der Tierkörperbeseitigungsbestimmungen; Durchsetzung der Tierschutz- und Pflanzenschutzbestimmungen; Sicherung des Gesundheitsschutzes an den Schlachthöfen; Sicherstellung der Rechtskonformität der Futtermittel; Sicherstellung der rechtmäßigen Verwendung der Tierarzneimittel bei Tieren, die für die Lebensmittelproduktion bestimmt sind; Erfüllung gesetzlicher Meldepflichten

Auftragsgrundlage:

Basisverordnungen der EU zur Überwachung von Lebensmitteln und Futtermitteln, Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz und Folgeverordnungen, Fleischhygiene-, Geflügelfleischhygienegesetz und Folgeverordnungen, Einfuhruntersuchungsverordnung, Tierschutzgesetz, Pflanzenschutzgesetz, Tierseuchengesetz und Folgeverordnungen, Futtermittelgesetz und FolgeVO, Arzneimittelgesetz und FolgeVO, diverse EG-Richtlinien und Verordnungen, Verwaltungsverfahrensgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Bremische Kostenordnung etc.

Zuzuordnende Kapitel:

0515; 3501

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	7.332	7.221	6.999	6.813	7.307
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	46	46	46
Gesamteinnahmen	7.332	7.221	7.045	6.859	7.353
Personalausgaben	5.204	5.206	4.723	5.202	4.941
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.714	2.772	3.173	2.348	2.344
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	27	26	27	191	128
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	7.945	8.004	7.923	7.741	7.413
Saldo	-613	-783	-878	-882	-60
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	92,28	90,22	88,92	88,61	99,19
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	51,7	0,0	46,3
Personalbestand	0,0	0,0	38,9	0,0	44,3
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	12,8	0,0	2,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	2,6	3,6
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	21,6	22,8
Frauenquote			50,0	42,6	47,7
Teilzeitquote			35,0	22,1	26,2
Schwerbehindertenquote			6,0	10,3	10,5
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Einfuhrsendungen Grenzkontrollstelle	[ST]	20.000,000	20.000,000	20.000,000	22.167,000	23.601,000
Kontrollen i. d. amtl. Lebensm.-überw.	[ST]	7.500,000	7.500,000	7.500,000	8.249,000	8.567,000
Probenannahme i.d. amtl. Lebensm.-überw.	[ST]	3.000,000	3.000,000	3.000,000	2.749,000	2.579,000
Tierschutzfälle	[ST]	450,000	450,000	450,000	508,000	593,000
Schlachtungen	[ST]	500.000,000	500.000,000	330.000,000	517.519,000	576.573,000
abgefert. Sendungen i.d. Pflanzenbeschau	[ST]	15.000,000	15.000,000	11.000,000	11.164,000	11.629,000
zu überwachende Betriebe	[ST]	7.200,000	7.200,000	7.200,000	7.186,000	7.431,000
Anzahl der überwachten Betriebe	[ST]	3.000,000	3.000,000	4.000,000	3.808,000	3.955,000
Anzahl der beanstandeten Betriebe	[ST]	2.400,000	2.400,000	2.400,000	2.608,000	2.692,000
Schiffsabfertigungen durch Bordbesuche	[ST]	5.100,000	5.100,000			
Schiffsabfert. anhand gespeich. Daten	[ST]	1.900,000	1.900,000			
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
C. Vergleichskennzahlen						
D. Erläuterungen zu 3. A-C						

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2013	Anschlag 2012
Konsumtive Einnahmen	7.332	7.221	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	7.332	7.221	0	0
Personalausgaben	5.204	5.206	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.714	2.772	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	27	26	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	7.945	8.004	0	0
Saldo	-613	-783	0	0
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
Einfuhrsendungen Grenzkontrollstelle [ST]	20.000,000	20.000,000		
zu überwachende Betriebe [ST]	7.200,000	7.200,000		
Kontrollen i. d. amtl. Lebensm.-überw. [ST]	7.500,000	7.500,000		
Anzahl der überwachten Betriebe [ST]	3.000,000	3.000,000		
Anzahl der beanstandeten Betriebe [ST]	2.400,000	2.400,000		
Probenannahme i.d. amtl. Lebensm.-überw. [ST]	3.000,000	3.000,000		
Schiffsabfertigungen durch Bordbesuche [ST]	5.100,000	5.100,000		
Schiffsabfert. anhand gespeich. Daten [ST]	1.900,000	1.900,000		
Schlachtungen [ST]	500.000,000	500.000,000		
abgefert. Sendungen i.d. Pflanzenbeschau [ST]	15.000,000	15.000,000		
Tierschutzfälle [ST]	450,000	450,000		

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst nimmt sowohl Landes- als auch kommunale Aufgaben wahr. Für die kommunalen Aufgaben werden die Kosten von den beiden Stadtgemeinden erstattet.

Produktgruppe: 51.02.02

Verantwortlich: Dr. Schmidt

Landesuntersuchungsamt (LUA)

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.02

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Veterinärwesen, Lebensmittelsicherheit

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Untersuchungen und Begutachtungen im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung; veterinärmedizinische Untersuchungen im Rahmen der Fleischhygiene und Tiergesundheit; Wasser-, Abwasser-, Trinkwasser- und Badewasseruntersuchungen; Außenstelle Bremerhaven mit dem Untersuchungsschwerpunkt "Fisch und Fischerei-Erzeugnisse (Mikrobiologie)".
Untersuchungen in den Schwerpunkten "Kaffee, Tee und Kakao" sowie "Fisch und Fischerei-Erzeugnisse (Mikrobiologie)" im Rahmen des abgeschlossenen Staatsvertrags für Niedersachsen.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Auftragsgemäße Probenuntersuchungen und Begutachtungen; Anpassung der Untersuchungen an aktuelle Fragestellungen (z.B. spezielle Pflanzenschutzmittel und Kontaminanten); Erfüllung gesetzlicher Meldepflichten; Rationalisierung der Arbeitsabläufe zur Effizienzsteigerung.

Auftragsgrundlage:

Basisverordnungen der EU zur Überwachung von Lebensmitteln und Futtermitteln, Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB); Fleischhygienegesetz und Folgeverordnungen; Tierseuchengesetz; EG-Verordnungen (Wein, neuartige Lebensmittel) und EG-Richtlinien (Veterinärbereich); Infektionsschutzgesetz; Wasserhaushaltsgesetz und Verordnung.

Zuzuordnende Kapitel:

0501

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.134	2.129	2.110	2.176	2.204
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	378	367	400	335	405
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	2.512	2.496	2.510	2.511	2.609
Saldo	-2.512	-2.496	-2.510	-2.511	-2.609
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre				1,1	0,6
Beschäftigte über 55 Jahre				32,2	28,5
Frauenquote				73,6	79,0
Teilzeitquote				48,4	55,0
Schwerbehindertenquote				10,0	6,8
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Das Landesuntersuchungsamt wird als Sonderhaushalt geführt.

Im staatlichen Haushalt werden nur die Zuschüsse ausgewiesen (Netto-Veranschlagung). Daher enthält diese Produktgruppe auch keine Personaldaten; diese sind nur im Sonderhaushalt dargestellt.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
Untersuchung i.R.d.amtl. Lebensm.-überw. [ST]	147.200,000	147.200,000	147.200,000	155.948,000	145.874,000		
Unters. Veterinärdiagnostik/Fleischhyg. [ST]	30.000,000	30.000,000	30.000,000	31.476,000	35.027,000		
Untersuchungen im Bereich Wasser [ST]	19.000,000	19.000,000	19.000,000	22.135,000	24.982,000		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

Produktbereich: 51.03

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Sicherstellung der Krankenhausversorgung

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Landeskrankenhausplanung und Investitionsförderung für die Krankenhäuser des Landes Bremen

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Anpassung der Krankenhausversorgung an die sich verändernden medizinischen und demographischen Erfordernisse
- Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen der Krankenhäuser in Vorbereitung neuer Abrechnungssysteme und sich verschärfender regionaler Konkurrenz

Langfristige Perspektiven:

- Absicherung der stationären Krankenhausversorgung
- Mitwirkung beim Aufbau von Versorgungsketten im Sinne der integrativen Versorgung nach SGB V

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	23	23	331	999	1.069
Zinsausgaben	225	242	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	26.489	26.508	26.452	32.179	28.403
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	26.737	26.773	26.783	33.178	29.472
Saldo	-26.737	-26.773	-26.783	-33.178	-29.472
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Planbetten im Land Bremen gesamt	[ST]	5.775,000	5.775,000	5.861,000	5.775,001	5.775,000
KHG-Förderung pro Planbett	[EUR]	4.958,00	4.967,00	5.343,00	6.592,00	5.505,00

B. Erläuterungen zu 2.

Die Planwerte stehen unter dem Vorbehalt der Fortschreibung des Landes-Krankenhausplans 2010.

Produktgruppe: 51.03.01

Verantwortlich: Buscher

Krankenhausplanung, Investitionsförd.

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.03

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Sicherstellung der Krankenhausversorgung

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist seit Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes im Jahre 1972 eine öffentliche Aufgabe. Das Land Bremen erstellt hierfür einen Landes-Krankenhausplan, der die bedarfsgerechten Krankenhäuser, medizinischen Disziplinen sowie Ausbildungsstätten ausweist. Die notwendigen Investitionen für die aufgrund der Aufnahme in den Landes-Krankenhausplan als förderungsfähig beschiedenen Krankenhäuser haben das Land Bremen und die Gemeinden Bremen und Bremerhaven jeweils anteilig (2/3 zu 1/3) zu gewährleisten.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, um eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu gewährleisten und zu sozial tragbaren Pflegesätzen beizutragen.

Auftragsgrundlage:

Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG-Bundesgesetz); entsprechendes Landesgesetz (BremKrhG)

Zuzuordnende Kapitel:

0520; 3520

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	23	23	331	999	1.069
Zinsausgaben	225	242	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	26.489	26.508	26.452	32.179	28.403
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	26.737	26.773	26.783	33.178	29.472
Saldo	-26.737	-26.773	-26.783	-33.178	-29.472
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Planbetten im Land Bremen gesamt [ST]	5.775,000	5.775,000	5.861,000	5.775,001	5.775,000
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
Planbetten im Land Bremen gesamt [ST]	5.775,000	5.775,000	5.861,000	5.775,001	5.775,000		
KHG-Förderung pro Planbett [EUR]	4.958,00	4.967,00	5.343,00	6.592,00	5.505,00		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2013	Anschlag 2012
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	15	15	8	8
Zinsausgaben	150	161	75	81
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	18.959	18.986	7.530	7.522
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	19.124	19.162	7.613	7.611
Saldo	-19.124	-19.162	-7.613	-7.611
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
D. Erläuterungen zu 4. A-C				

Produktbereich: 51.04

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Durchführung der staatlichen Aufgaben des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, des technischen Verbraucherschutzes und des Eichwesens.

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie technischer Verbraucherschutz an dem Risikoprofil der einzelnen Betriebe.
Unterstützung der Umsetzung der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie im Land Bremen.

Langfristige Perspektiven:

Absicherung eines hohen Niveaus beim Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie technischer Verbraucherschutz.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	1.801	1.731	2.199	2.340	1.966
Investive Einnahmen	0	0	0	3	10
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	22	0
Gesamteinnahmen	1.801	1.731	2.199	2.365	1.976
Personalausgaben	3.833	3.883	5.063	5.390	5.181
Sonst. konsumtive Ausgaben	524	534	736	742	674
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	46	45	63	61	123
Verrechnungen/Erstattungen	9	9	10	10	98
Gesamtausgaben	4.412	4.471	5.872	6.203	6.076
Saldo	-2.611	-2.740	-3.673	-3.838	-4.100
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	40,82	38,72	37,45	38,13	32,52
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	83,6	0,0	87,3
Personalbestand	0,0	0,0	70,4	0,0	160,4
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	13,2	0,0	- 73,2
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote			4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	5,0	3,8
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	38,9	34,8
Frauenquote			50,0	36,8	34,1
Teilzeitquote			35,0	23,5	26,2
Schwerbehindertenquote			6,0	9,5	7,0

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
FAS Erfüllungsgrad Finanzen	[%]			100,00		100,00
FAS Erfüllungsgrad Leistung	[%]			100,00		86,00
GAL Erfüllungsgrad Finanzen	[%]			100,00		97,20
GAL Erfüllungsgrad Leistung	[%]			100,00		90,00
LED HB Erfüllungsgrad Finanzen	[%]			100,00		140,90
LED HB Erfüllungsgrad Leistung	[%]			100,00		111,00
Eichungen u.messtechnische Kontrollen	[ST]	9.000,000	9.000,000	9.000,000	9.007,000	
Aussendienstgeschäfte	[ST]	2.350,000	2.350,000	2.650,000	2.386,000	
Arbeitsmedizinische Betreuung u.Beratung	[STD]			4.680,0	5.685,0	
Sicherheitstechn. Betreuung und Beratung	[STD]			9.930,0	10.099,0	
Betriebl. Sozialberatung	[STD]			2.907,0	2.457,0	
Aufgesuchte Betriebe	[ST]	1.332,000	1.332,000	1.332,000	1.116,000	
Überwachungen (gesamt)	[ST]	96,000	96,000	96,000	63,000	
Außendienstgeschäfte auf Baustellen	[ST]	300,000	300,000			
Überprüfte Produkte (GPSG)	[ST]	250,000	250,000			
Systemkontrollen	[ST]	175,000	175,000			

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 51.04.01

Verantwortlich: Gronau/Dr. Schack

Fachdienste für Arbeitsschutz

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.04

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Unterstützung und Beratung in allen Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in weisungsfreier Anwendung der Fachkunde und ganzheitlicher systemhafter Betrachtungsweise (Mensch/Technik/Organisation)

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Schaffung eines leistungsfähigen, multidisziplinär ausgestatteten, beteiligungs- u. kooperationsorientierten Arbeitsschutzsystems, das mit geeigneten Mitteln die Gesundheit der Arbeitnehmer erhält, schützt und fördert und die Arbeit menschengerecht gestaltet; Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren, Unfälle und Berufskrankheiten; Hinwirken auf ein gesundheitsgerechtes Verhalten; Früherkennung v. gesundheitsgefährdenden Beeinträchtigungen u. arbeitsbedingten Erkrankungen; Schutz der Beschäftigten vor berufsbedingten Infektionen durch Krankheitserreger; Vermittlung aktueller Informationen und Sensibilisierung zu/für Arbeitsschutzthemen; Sensibilisierung für Suchtprobleme und Hilfe für Suchtkranke und Suchtgefährdete.

Auftragsgrundlage:

Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 3 und 6 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz/ASiG) vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885; BGBl III 805-2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3843); berufsgenossenschaftliche Vorschriften und staatliche Rechtsgrundlagen; Kooperationsvereinbarungen zwischen den FAS vertreten durch Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und den jeweiligen Eigenbetrieben, Stiftungen u. GmbH'en der Freien Hansestadt Bremen; Produktspezifische Auftragsgrundlagen. Bremische Dienstvereinbarung mit Arbeitsschutzbezug.

Zuzuordnende Kapitel:

0350; 0510; 3301; 3501

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	0	0	395	362	402
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	395	362	402
Personalausgaben	0	0	1.228	1.291	1.342
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	203	214	204
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	14	10	17
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	1	1	1
Gesamtausgaben	0	0	1.446	1.516	1.564
Saldo	0	0	-1.051	-1.154	-1.162
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	27,32	23,88	25,70
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	14,3	0,0	15,3
Personalbestand	0,0	0,0	12,8	0,0	14,8
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	1,5	0,0	0,5
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	4,0	3,6
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	35,9	30,7
Frauenquote			50,0	55,8	52,7
Teilzeitquote			35,0	35,9	34,0
Schwerbehindertenquote			6,0	7,3	7,1
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
Arbeitsmedizinische Betreuung u. Beratung [STD]			4.680,0	5.685,0	6.085,0		
spez. arbeitsmedizinische Untersuchungen [STD]					1.142,0		
Vorsorgeunters. Bildschirmarbeitsplätze [STD]					526,0		
Betriebl. Sozialberatung [STD]			2.907,0	2.457,0	2.551,0		
Brandschutzberatung [STD]					1.563,0		
Gefahrgutbeauftragten-Beratung (Straße) [STD]					32,0		
QualiModul "Fachfrau i. Reinigungsfragen" [STD]					102,0		
Betriebsmittelmanagement [STD]					172,0		
Sicherheitstechn. Betreuung und Beratung [STD]			9.930,0	10.099,0	9.346,0		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
<p>Aus der Übernahme der Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5 bzw. VBG 122 und 123 kann außerdem eine weitere Reduzierung der konsumtiven Einnahmen für die Produkte "Arbeitsmedizinische Betreuung/Beratung" und "Sicherheitstechnische Betreuung/Beratung" resultieren, da die Einsatzzeitfaktoren nach jetzigem Stand der Dinge reduziert werden bzw. andere Betreuungsformen theoretisch möglich sind (z.B. alternative Betreuung).</p>							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2013	Anschlag 2012
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	0	0	0	0
Saldo	0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
D. Erläuterungen zu 4. A-C				

Produktgruppe: 51.04.02

Verantwortlich: Henschen

Gewerbeaufsicht des Landes Bremen

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.04

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Überwachung von Betrieben und Arbeitsstätten aller Art auf Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften sowie der Vorschriften über die technische Sicherheit und zum Immissionsschutz.

Erteilung von Genehmigungen und Ausnahmen.

Durchführung von Bußgeldverfahren.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Schutz der Arbeitnehmer vor negativen Einwirkungen durch Arbeitsbedingungen, Arbeitsmittel, Arbeitsstoffe und Arbeitsstätten, Schutz vor Überbeanspruchung durch zu lange Arbeitszeiten sowie zu kurze Pausen und Ruhezeiten.

Schutz der Verwender bzw. Benutzer von technischen Arbeitsmitteln und Anlagen, einschließlich Drittschutz.

Schutz der Verwender bzw. Benutzer von Medizinprodukten einschließlich Patientenschutz.

Schutz der Allgemeinheit vor schädlichen Immissionen.

Auftragsgrundlage:

Arbeitsschutzgesetz, Gerätesicherheitsgesetz, Arbeitszeitgesetz, Mutterschutzgesetz und Jugendarbeitsschutzgesetz mit den jeweiligen Rechtsverordnungen.

Sozialvorschriften im Straßenverkehr, Medizinproduktegesetz, Gefahrstoffverordnung, Arbeitssicherheitsgesetz, Seemannsgesetz, Sprengstoffgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz und weitere Vorschriften.

Zuzuordnende Kapitel:

0310; 0517

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	1.138	1.121	1.090	1.370	918
Investive Einnahmen	0	0	0	3	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	22	0
Gesamteinnahmen	1.138	1.121	1.090	1.395	918
Personalausgaben	3.094	3.133	3.123	3.483	3.252
Sonst. konsumtive Ausgaben	368	372	383	377	369
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	6	5	6	7	41
Verrechnungen/Erstattungen	7	7	7	7	33
Gesamtausgaben	3.475	3.517	3.519	3.874	3.695
Saldo	-2.337	-2.396	-2.429	-2.479	-2.777
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	32,75	31,87	30,97	36,01	24,84
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	53,5	0,0	55,3
Personalbestand	0,0	0,0	46,5	0,0	53,7
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	7,0	0,0	1,6
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	4,1	3,0
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	39,1	35,8
Frauenquote			50,0	32,4	29,7
Teilzeitquote			35,0	21,3	24,8
Schwerbehindertenquote			6,0	10,9	7,5
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Aufgesuchte Betriebe	[ST]	1.332,000	1.332,000	1.332,000	1.116,000	1.135,000
Aussendienstgeschäfte	[ST]	2.350,000	2.350,000	2.650,000	2.386,000	2.453,000
Außendienstgeschäfte auf Baustellen	[ST]	300,000	300,000			
Überprüfte Produkte (GPSG)	[ST]	250,000	250,000			
Systemkontrollen	[ST]	175,000	175,000			
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
C. Vergleichskennzahlen						
D. Erläuterungen zu 3. A-C						

Produktgruppe: 51.04.03

Verantwortlich: Kupka

Eichamt des Landes Bremen

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.04

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Prüfung und Eichung von Messgeräten, die im geschäftlichen oder amtlichen Verkehr, im Gesundheits-, Arbeits-, Umwelt- oder Strahlenschutz oder im Verkehrswesen verwendet werden, einschließlich Überwachung.

Kontrolle von Fertigpackungen beim Hersteller, Importeur und im Handel.

Überwachung von medizinischen Laboratorien.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Den Verbraucher bei Erwerb messbarer Güter und Dienstleistungen zu schützen und im Interesse eines lauterer Handelsverkehrs die Voraussetzungen für richtiges Messen im geschäftlichen Verkehr zu schaffen.

Die Messsicherheit im Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz und in ähnlichen Bereichen des öffentlichen Interesses zu gewährleisten.

Das Vertrauen in amtliche Messungen zu stärken.

Auftragsgrundlage:

Eichgesetz, Medizinproduktegesetz

Zuzuordnende Kapitel:

0320; 0518

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	663	610	714	609	645
Investive Einnahmen	0	0	0	0	10
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	663	610	714	609	655
Personalausgaben	739	750	712	616	587
Sonst. konsumtive Ausgaben	155	163	150	150	101
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	41	40	43	43	65
Verrechnungen/Erstattungen	2	2	2	2	64
Gesamtausgaben	937	955	907	811	817
Saldo	-274	-345	-193	-202	-162
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	70,76	63,87	78,72	75,09	80,17
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	15,8	0,0	16,6
Personalbestand	0,0	0,0	11,1	0,0	11,6
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	4,7	0,0	5,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	10,1	7,5
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	40,3	35,3
Frauenquote			50,0	31,2	24,8
Teilzeitquote			35,0	12,5	16,8
Schwerbehindertenquote			6,0	5,7	4,6
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Eichungen u.messtechnische Kontrollen	[ST]	9.000,000	9.000,000	9.000,000	9.007,000	9.970,000
Überwachung Fertigpackungen (Betriebe)	[ST]	74,000	74,000	74,000	36,000	71,000
Überwachungen	[ST]	22,000	22,000	22,000	27,000	21,000
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
C. Vergleichskennzahlen						
D. Erläuterungen zu 3. A-C						

Produktbereich: 51.90

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Sonstiges Gesundheit

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Langfristige Perspektiven:

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	441	437	400	427	436
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	31	11
Gesamteinnahmen	441	437	400	458	447
Personalausgaben	3.006	3.031	2.999	3.841	3.654
Sonst. konsumtive Ausgaben	30	29	28	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	3.036	3.060	3.027	3.841	3.654
Saldo	-2.595	-2.623	-2.627	-3.383	-3.207
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	14,53	14,28	13,21	11,92	12,23
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	39,4	0,0	40,7
Personalbestand	0,0	0,0	49,7	0,0	46,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	- 10,3	0,0	- 5,3
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote			4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	1,3	1,3
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	27,8	30,2
Frauenquote			50,0	55,0	57,2
Teilzeitquote			35,0	27,0	30,0
Schwerbehindertenquote			6,0	7,4	7,5

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009

B. Erläuterungen zu 2.

In diesem Produktbereich können keine Leistungsangaben gemacht werden.

Produktgruppe: 51.90.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Senatorische Angelegenheiten Gesundheit

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 51.90

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Sonstiges Gesundheit

Produktplan: 51

Verantwortlich: Sen. Jürgens-Pieper

Gesundheit

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

- Steuerung und Koordinierung der zugeordneten Produktgruppen

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Auftragsgrundlage:

Geschäftsverteilung des Senats und der senatorischen Behörde

Zuzuordnende Kapitel:

0200; 0201; 0400; 0401; 0501; 3401; 3501

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	441	437	400	427	436
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	31	11
Gesamteinnahmen	441	437	400	458	447
Personalausgaben	3.006	3.031	2.999	3.841	3.654
Sonst. konsumtive Ausgaben	30	29	28	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	3.036	3.060	3.027	3.841	3.654
Saldo	-2.595	-2.623	-2.627	-3.383	-3.207
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	14,53	14,28	13,21	11,92	12,23
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	39,4	0,0	40,7
Personalbestand	0,0	0,0	49,7	0,0	46,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	- 10,3	0,0	- 5,3
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	1,3	1,3
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	27,8	30,2
Frauenquote			50,0	55,0	57,2
Teilzeitquote			35,0	27,0	30,0
Schwerbehindertenquote			6,0	7,4	7,5
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009		
C. Vergleichskennzahlen							
D. Erläuterungen zu 3. A-C							
<p>Zu dieser Produktgruppe sind keine Leistungsangaben möglich.</p>							

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2013	Anschlag 2012
Konsumtive Einnahmen	441	437	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	441	437	0	0
Personalausgaben	2.936	2.965	69	66
Sonst. konsumtive Ausgaben	30	29	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	2.966	2.994	69	66
Saldo	-2.525	-2.557	-69	-66
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Bildung und Wissenschaft, Kultur

0200	Behörde d. Sen. für Bildung und Wissenschaft
0201	Allgemeine Bewilligungen für Bildung

Kapitel 0200
Behörde d. Sen. für Bildung und Wissenschaft

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
0200					
Behörde d. Sen. für Bildung und Wissenschaft					
EINNAHMEN					
236 05-0	011	Erstattungen von Krankenkassen nach dem	0	0	0
<i>51.90.01</i>	200	Aufwendungsausgleichgesetz	0		0
	925				
236 15-7	011	Personalkostenerstattungen für Prüfungen gemäß	131.200	0	0
<i>51.90.01</i>	200	§ 274 SGB V	134.800		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 73-2, 441 73-7 und 634 95-0.			
		<i>Nach § 274 SGB V hat die für die Sozialversicherung zuständige oberste Verwaltungsbehörde die ihrer Aufsicht unterstehenden Krankenkassenverbände und Landesverbände der Krankenkassen zu prüfen. Die durch die Prüfung entstehenden Kosten für Personalaufwand sind von den Kassen zu erstatten.</i>			
261 22-4	011	Erstattungen von Personalausgaben durch die	305.410	0	0
<i>51.90.01</i>	200	Krankenhausbetriebe	305.730		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 95-1.			
380 60-6	892	Von Hst. 0680/980 60-8 für Personalausgaben im	0	0	0
<i>51.90.01</i>	200	Bereich Chemikalien	0		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 60-9.			
		Gesamteinnahmen Kapitel 0200	436.610	0	0
			440.530		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
AUSGABEN					
422 73-2	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	98.250	0	0
<i>51.90.01</i>	200	(refinanziert Gesundheit)	101.020		0
	925				
		1. Ausgaben bei 422 73-2, 441 73-7 und 634 95-0 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 236 15-7 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 441 73-7 und 934 95-0.			
422 91-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	0	0	0
<i>51.90.01</i>	200	(Senatorische Angelegenheiten Gesundheit)	0		0
	925				
427 10-6	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für neben-	0	0	0
<i>51.90.01</i>	200	amtlich und nebenberuflich Tätige	0		0
	925	(Senatorische Angelegenheiten Gesundheit)			
428 60-9	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
<i>51.90.01</i>	200	(refinanziert Gesundheit - Bereich Chemikalien)	0		0
	925				
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 60-6 geleistet werden.			
428 91-9	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
<i>51.90.01</i>	200	(Senatorische Angelegenheiten Gesundheit)	0		0
	925				
428 95-1	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	305.410	0	0
<i>51.90.01</i>	200	(refinanziert Gesundheit)	305.730		0
	925				
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 261 22-4 geleistet werden.			
441 73-7	311	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	3.470	0	0
<i>51.90.01</i>	200	und dgl. (Beamte, refinanziert Gesundheit)	3.470		0
	925				
		Siehe zu 422 73-2.			
634 95-0	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	29.480	0	0
<i>51.90.01</i>	200	(Gesundheit)	30.310		0
		Siehe zu 422 73-2.			
Gesamtausgaben Kapitel 0200			436.610	0	0
			440.530		0
Abschluss Kapitel 0200					
Gesamteinnahmen Kapitel 0200			436.610	0	0
			440.530		0
Zuschuss/Überschuss			0	0	0
			0		0

Kapitel 0201
Allgemeine Bewilligungen für Bildung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
0201		Allgemeine Bewilligungen für Bildung			
		AUSGABEN			
422 19-1	011	Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte	12.900	0	0
<i>51.90.01</i>	200	(Produktplan Gesundheit)	12.900		0
	925	Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
441 51-0	311	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	92.470	0	0
<i>51.90.01</i>	200	und dgl. (Produktplan Gesundheit)	97.950		0
	925	Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		Gesamtausgaben Kapitel 0201	105.370	0	0
			110.850		0
		Abschluss Kapitel 0201			
		Gesamteinnahmen Kapitel 0201	0	0	0
			0		0
		Zuschuss/Überschuss	-105.370	0	0
			-110.850		0

Jugend und Soziales, Ausländerintegration

0400 **Behörde d. Sen. für Arbeit, Frauen, Gesundheit,
Jugend und Soziales**

Kapitel 0400
Behörde d. Sen. für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
0400					
Behörde d. Sen. für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales					
EINNAHMEN					
236 05-4	011	Erstattungen von Krankenkassen nach dem	0	0	0
<i>51.90.01</i>	400	Aufwendungsausgleichgesetz	0		0
	925				
236 15-1	011	Personalkostenerstattungen für Prüfungen gemäß §	0	122.500	125.040
<i>51.90.01</i>	500	274 SGB V	0		128.101
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 73-7, 428 73-5, 441 73-1 und 634 95-5. <i>Nach § 274 SGB V hat die für die Sozialversicherung zuständige oberste Verwaltungsbehörde die ihrer Aufsicht unterstehenden Krankenkassenverbände und Landesverbände der Krankenkassen zu prüfen. Die durch die Prüfung entstehenden Kosten für Personalaufwand sind von den Kassen zu erstatten.</i>			
261 22-9	011	Erstattung von Personalausgaben durch die	0	277.750	301.746
<i>51.90.01</i>	500	Krankenhausbetriebe	0		307.940
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 95-6.			
380 60-0	892	Von Hst. 0680/980 60-8 für Personalausgaben im	0	0	31.250
<i>51.90.01</i>	500	Bereich Chemiekalien	0		10.865
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 60-3.			
		Gesamteinnahmen Kapitel 0400	0	400.250	458.035
			0		446.906

Behörde d. Sen. für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
AUSGABEN					
422 73-7	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter,	0	91.720	94.742
<i>51.90.01</i>	500	refinanziert (Gesundheit)	0		93.342
	925				
		1. Ausgaben bei 422 73-7, 428 73-5, 441 73-1 und 634 95-5 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 236 15-1 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 73-5, 441 73-1 und 634 95-5.			
422 91-5	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	814.160	809.250	1.109.310
<i>51.90.01</i>	500	(Senatorische Angelegenheiten Gesundheit)	801.610		1.027.891
	925				
427 10-0	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für neben-	0	0	1.368
<i>51.90.01</i>	500	amtlich und nebenberuflich Tätige (Sen. Angelegen-	0		8.581
	925	heiten Gesundheit)			
428 60-3	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	31.250
<i>51.90.01</i>	500	(Gesundheit, Bereich Chemikalien - refinanziert)	0		10.865
	925				
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 60-0 geleistet werden.			
428 73-5	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
<i>51.90.01</i>	500	(refinanziert)	0		0
	925				
		Siehe zu 422 73-7.			
428 91-3	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.634.220	1.640.390	2.173.374
<i>51.90.01</i>	500	(Senatorische Angelegenheiten Gesundheit)	1.609.630		2.047.770
	925				
428 95-6	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	277.750	313.060
<i>51.90.01</i>	500	(Senatorische Angelegenheiten Gesundheit -	0		342.413
	925	refinanziert)			
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 261 22-9 geleistet werden.			
441 73-1	311	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	3.260	1.420
<i>51.90.01</i>	500	und dgl. (Beamte-refinanziert, Gesundheit)	0		10.549
	925				
		Siehe zu 422 73-7.			
634 95-5	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	27.520	0
<i>51.90.01</i>	500	(Gesundheit)	0		0
		Siehe zu 422 73-7.			
919 04-6	851	Zuführung an die Rücklage für Versorgungsvorsorge	0	0	28.423
<i>51.90.01</i>	500	(Gesundheit)	0		28.003
		Verlagert nach 634 95-5.			

Kapitel 0400
Behörde d. Sen. für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
		Gesamtausgaben Kapitel 0400	2.448.380 2.411.240	2.849.890	3.752.946 3.569.414
		Abschluss Kapitel 0400			
		Gesamteinnahmen Kapitel 0400	0 0	400.250	458.035 446.906
		Zuschuss/Überschuss	-2.448.380 -2.411.240	-2.449.640	-3.294.911 -3.122.508

Gesundheit

0501	Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit
0510	Fachdienste für Arbeitsschutz
0515	Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen
0517	Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen
0518	Landeseichdirektion Bremen
0520	Krankenhausfinanzierung

Kapitel 0501
Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
0501		Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit			
		EINNAHMEN			
119 00-8	311	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
51.01.01	500		0		1.100
119 06-7	311	Erstattungen / Rückzahlungen von Zuwendungen	0	0	6.413
51.01.01	500		0		10.471
119 60-1	311	Erstattung von Kosten f. die Tierseuchenbekämpfung	0	0	2.460
51.01.01	500	Siehe zu 531 60-0.	0		12.329
123 35-8	311	Einnahmen aus staatlich veranstalteten Glücks-	120.000	137.280	120.000
51.01.01	500	spielen für Maßnahmen der Prävention, Beratung und Forschung im Bereich der Spielsucht Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 685 35-6.	120.000		120.000
231 20-7	342	Erstattung vom Bund für Zweckausgaben beim	4.000	4.000	9.831
51.01.01	500	Vollzug des Atomgesetzes	4.000		0
231 35-5	311	Vom Bund für Maßnahmen der Prävention, Beratung	0	0	17.280
51.01.01	500	und Forschung im Bereich der Spielsucht Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 685 35-6.	0		17.280
232 80-7	313	Von den Ländern für die Gemeinschaftsaufgaben i.R.	245.000	245.000	294.526
51.01.01	500	der Gemeinsamen Dt. Arbeitsschutzstrategie (GDA) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 80-4.	0		0
232 81-5	313	Von den Ländern für die Personalstelle in der	100.000	100.000	3.600
51.01.01	500	Geschäftsstelle der NAK Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 81-2.	0		0
232 82-3	313	Von den Ländern für LASI (Auftragsverwaltung)	10.000	10.000	0
51.01.01	500	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 82-0.	0		0
282 01-4	311	Spenden	0	0	0
51.01.01	500	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 539 02-3.	0		0
282 85-5	313	Spenden für den Landesarbeitskreis für	0	0	0
51.01.01	500	Arbeitssicherheit Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 85-5.	0		0
359 01-7	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	21.468
51.90.01	500		0		0
	900				
359 03-3	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	59.597
51.90.01	500		0		0
	900				

Kapitel 0501
Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
380 90-3	892	Von Hst. 0702/980 90-9 für die Durchführung der	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500	Verbraucherschutzministerkonferenz Siehe zu 531 90-1.	0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 0501	479.000	496.280	535.174
			124.000		161.179

Kapitel 0501
Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
AUSGABEN					
412 01-5	311	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	4.100	4.090	973
51.90.01	500		4.100		507
531 10-3	314	Maßnahmen zur Gesundheitsförderung	5.720	5.720	5.155
51.01.01	500		5.720		5.600
531 12-0	314	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und	10.520	11.530	10.044
51.01.01	500	umweltmedizinische Maßnahmen	10.520		11.508
531 13-8	314	Kosten der Gesundheitsberichterstattung	10.220	10.220	7.178
51.01.01	500		10.220		2.754
531 20-0	311	Maßnahmen zur Förderung der Gesundheitswirtschaft	20.000	20.000	42.000
51.01.01	500		20.000		19.667
531 35-9	311	Kosten für Informationssysteme im Veterinärwesen	2.480	2.480	0
51.01.01	500		2.480		0
531 40-5	314	Berichterstattung und wissenschaftliche Begleitung	41.340	50.760	55.504
51.01.01	500	in der Psychiatrie und Suchtkrankenhilfe	40.350		23.094
531 48-0	313	Kosten für die Untersuchung Jugendlicher nach dem	20.000	26.000	19.442
51.01.01	500	Jugendarbeitsschutzgesetz	21.740		20.912
531 57-0	314	Maßnahmen aufgrund des Infektionsschutzgesetzes	15.000	20.000	3.645
51.01.01	500		15.000		3.346
	051				
531 60-0	314	Bekämpfung von Tierseuchen	20.000	20.000	6.663
51.01.01	500		20.000		25.629
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 60-1 geleistet werden.			
531 61-8	311	Projekte und Verbraucherinformationen zur Lebens-	2.500	0	0
51.01.01	500	mittelsicherheit und Tiergesundheit	5.000		0
531 65-0	314	Schutzmaßnahmen für Tbc-Kranke gem. Infektions-	740	16.740	0
51.01.01	500	schutzgesetz	740		0
531 80-4	313	Kosten für die Umsetzung der Gemeinschaftsaufgaben	245.000	245.000	207.039
51.01.01	500	der Länder i.R. der Gemeinsamen Dt. Arbeitsschutz-	0		0
		strategie (GDA)			
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 232 80-7 geleistet werden.			
531 81-2	313	Aufwendungen für die Mitwirkung in der Geschäfts-	100.000	100.000	73.482
51.01.01	500	stelle der NAK (Personalkosten)	0		0
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 232 81-5 geleistet werden.			
531 82-0	313	Kosten für LASI (Auftragsverwaltung)	10.000	10.000	0
51.01.01	500		0		0
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 232 82-3 geleistet werden.			

**Kapitel 0501
Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
531 85-5	313	Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit	0	5.250	255
<i>51.01.01</i>	500	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 85-5 geleistet werden.	0		4.294
531 86-3	313	LASI-Vorsitz	11.000	11.000	6.056
<i>51.01.01</i>	500		0		0
531 87-1	313	Arbeitsschutzforum 2009	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500		0		11.573
531 90-1	314	Durchführung der Verbraucherschutzminister-	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500	konferenz Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 380 90-3 geleistet werden.	0		0
532 14-2	313	Kosten für die Messungen von gefährlichen Stoffen	500	500	355
<i>51.01.01</i>	500		500		184
539 02-3	311	Verwendung zweckgebundener Einnahmen für	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500	konsumtive Ausgaben Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 01-4 geleistet werden.	0		0
631 20-5	314	Zuweisungen an das Bundesinstitut für Arzneimittel	2.900	3.000	2.734
<i>51.01.01</i>	500	zur Finanzierung des Substitutionsregisters	2.900		2.711
631 25-6	314	An das Deutsche Institut für med. Dokumentation	1.300	1.400	1.267
<i>51.01.01</i>	500	und Information für die Nutzung der Datenbanken	1.300		1.267
632 11-2	313	Kosten an der Zentralstelle der Länder für	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500	Sicherheitstechnik zur Akkreditierung	0		0
632 12-0	314	Zuweisung an das Norddeutsche Zentrum zur	7.000	7.760	6.923
<i>51.01.01</i>	500	Weiterentwicklung der Pflege	6.920		7.759
632 13-9	314	Zuweisung an Hamburg für Aufgaben der	10.700	11.170	10.569
<i>51.01.01</i>	500	Schiffahrtsmedizin	10.700		11.170
632 14-7	314	Zuweisung an das Giftinformationszentrum-Nord	38.700	44.000	38.615
<i>51.01.01</i>	500	in Niedersachsen	38.700		38.615
632 15-5	314	Zuweisung an das Deutsche Kinderkrebsregister	2.150	1.500	1.836
<i>51.01.01</i>	500		2.150		1.458
632 30-9	313	Gemeinschaftsaufgaben der Länder (LASI)	11.200	8.400	3.409
<i>51.01.01</i>	500		16.600		0
682 10-1	311	Zuschuss an das Landesuntersuchungsamt für	0	0	0
<i>51.02.02</i>	500	Personal- und Sachausgaben	0		161.147
683 10-8	342	Kostenanteil am Betrieb der Sammelstelle für	4.000	4.000	817
<i>51.01.01</i>	500	radioaktive Abfälle	4.000		7.542

Kapitel 0501
Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
684 10-4	314	Förderung von Beratungsstellen nach dem	809.890	809.890	809.886
<i>51.01.01</i>	500	Schwangeren- und Familienhilfegesetz Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d.J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.	809.890		809.886
684 14-7	314	Zuschuss für Maßnahmen zur Gesundheitsförderung	0	0	10.600
<i>51.01.01</i>	500		0		37.440
684 20-1	314	Beteiligung an der Stiftung 'Humanitäre Hilfe'	31.000	32.000	0
<i>51.01.01</i>	500	(Entschädigungsfonds)	32.000		0
684 25-2	314	Zuschüsse an BEK-Beratungsstelle zur	43.000	43.000	42.220
<i>51.01.01</i>	500	vorgeburtlichen Diagnostik	43.000		0
685 02-0	313	Gemeinschaftsaufgaben der Länder	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500		0		2.126
685 08-9	311	Zuschuss an das Landesuntersuchungsamt für	1.292.240	1.282.590	1.364.575
<i>51.02.02</i>	500	Personal- und Sachausgaben 1. Der Haushaltsplan des Landesuntersuchungsamtes (siehe Anlage Kapitel 2525) ist Erläuterungsbestandteil der Nettoveranschlagung (Ausnahme vom Grundsatz der Bruttoveranschlagung nach § 15 Abs. 1 LHO). 2. Der Zuschuss darf, soweit er für Personalkosten verwendet wird, nur unter Beachtung des von der Bürgerschaft beschlossenen Stellenplanes verwendet werden. 3. Beamte, Angestellte und Arbeiter dürfen nur nach Maßgabe sachgerechter Dienstpostenbewertung beschäftigt werden.	1.292.240		1.225.783
685 09-7	311	An das Landesuntersuchungsamt Entgelt für	130.840	133.370	133.480
<i>51.02.02</i>	500	Dienstleistungen	129.660		135.490
685 10-0	314	Zuschuss an die Zentralstelle für Gesundheits-	7.100	5.600	3.519
<i>51.01.01</i>	500	schutz bei Medizinprodukten	7.100		5.144
685 13-5	314	Zuschüsse für das Krebsregister	325.740	314.440	263.939
<i>51.01.01</i>	500	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d.J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.	325.740		262.885
685 15-1	311	Zuschuss an das Arzneimitteluntersuchungsinstitut-	90.570	90.570	105.574
<i>51.01.01</i>	500	Nord GmbH	90.570		90.574
685 16-0	311	Zuschuss an das Institut für medizinische und	26.500	26.500	49.310
<i>51.01.01</i>	500	pharmazeutische Prüfungsfragen, Mainz	26.500		49.796
685 17-8	314	Zuschuss an die Akademie für öffentliches	41.200	30.500	29.354
<i>51.01.01</i>	500	Gesundheitswesen in Düsseldorf	41.200		33.912
685 18-6	311	Zuschuss an das Landesuntersuchungsamt für	706.090	694.040	678.384
<i>51.02.02</i>	500	Versorgung und Beihilfen Die haushaltsgesetzlichen Deckungsfähigkeiten gelten nicht für diesen Titel.	712.110		681.860

Kapitel 0501
Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
685 20-8	311	Finanzierung der Ethikkommission des Landes Bremen	0	0	11.900
51.01.01	500		0		0
685 35-6	311	Zuschüsse für Maßnahmen der Prävention, Beratung	120.000	137.280	158.342
51.01.01	500	und Forschung im Bereich der Spielsucht Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 123 35-8 und 231 35-5 geleistet werden.	120.000		115.617
686 10-7	314	Mitgliedsbeiträge	1.920	1.820	699
51.01.01	500		1.900		585
790 00-1	311	Sonstige Baumaßnahmen	0	0	0
51.01.01	500		0		0
812 10-2	314	Beschaffung von antiviralen Medikamenten	0	0	1.824.983
51.01.01	500	(Influenza-Pandemie)	0		917.342
812 20-0	313	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen	0	0	2.360
51.01.01	500	Sachen für LASI-Vorsitz	0		2.840
891 10-0	314	Zuschuss an das Landesuntersuchungsamt für	367.440	400.000	335.000
51.02.02	500	Investitionen	378.100		405.000
894 15-0	311	Zuschuss an das Arzneimitteluntersuchungsinstitut-	0	0	48.000
51.01.01	500	Nord GmbH für Investitionen	0		0
919 01-2	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	1.312
51.90.01	500		0		21.468
	900				
919 03-9	851	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0	0	32.290
51.90.01	500		0		67.774
	900				
985 10-4	891	An Hst. 6500/385 03 für die Umsetzung des Kindes-	51.600	52.300	49.481
51.01.01	500	wohlgesetzes (Personalkosten)	51.700		51.981
Gesamtausgaben Kapitel 0501			4.642.200	4.694.420	6.459.168
			4.301.350		5.278.239
Abschluss Kapitel 0501					
Gesamteinnahmen Kapitel 0501			479.000	496.280	535.174
			124.000		161.179
Zuschuss/Überschuss			-4.163.200	-4.198.140	-5.923.993
			-4.177.350		-5.117.060

Kapitel 0510
Fachdienste für Arbeitsschutz

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
0510		Fachdienste für Arbeitsschutz			
		Verlagerung der Fachdienste für Arbeitsschutz aus dem Bereich Arbeit (Kapitel 0350) als Folge der Zusammenführung der Fach- und Ressourcenverantwortung.			
		EINNAHMEN			
119 00-2	313	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	300	180
<i>51.04.01</i>	509	Siehe zu 511 00-0.	0		0
119 10-0	313	Einnahmen für Gutachten, Prüfungen, Beratungen und	0	25.460	11.398
<i>51.04.01</i>	509	Seminare Siehe zu 525 10-8.	0		0
236 15-7	313	Arbeitsentgeltzuschüsse der Bundesanstalt für	0	0	0
<i>51.04.01</i>	509	für Arbeit für Schwerbehinderte Siehe zu 428 75-7.	0		0
281 20-9	313	Personalkostenerstattungen für die Betreuung	0	313.140	293.275
<i>51.04.01</i>	509	Siehe zu 428 75-7.	0		0
281 21-7	313	Erstattung von Sachkosten und allgemeinen	0	56.470	55.706
<i>51.04.01</i>	509	Umlagen für die Betreuung Siehe zu 514 00-9.	0		0
281 63-2	313	Erstattung von Dienstleistungsentgelten der	0	0	1.090
<i>51.04.01</i>	509	Performa Nord Siehe zu 532 63-5.	0		0
282 20-5	313	Sonstige Personalkostenerstattungen	0	0	0
<i>51.04.01</i>	509	Siehe zu 428 75-7.	0		0
386 10-8	892	Von Hst. 3501/986 10-0 für die Wahrnehmung von	0	341.400	341.400
<i>51.04.01</i>	509	Gemeindeaufgaben	0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 0510	0	736.770	703.049
			0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschatg 2012	Anschatg 2011	IST 2010
			2013	EUR	
AUSGABEN					
422 01-5	313	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	39.310	44.172
51.04.01	509		0		0
	925				
428 01-3	313	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	875.160	952.193
51.04.01	509		0		0
	925				
428 75-7	313	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	313.010	294.258
51.04.01	509	(refinanziert)	0		0
	925				
		1. Ausgaben bei 428 75-7 und 441 75-3 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 236 15-7, 281 20-9 und 282 20-5 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 441 75-3.			
441 75-3	313	Beihilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	130	0
51.04.01	509	(refinanziert)	0		0
	925				
		Siehe zu 428 75-7.			
443 07-1	313	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	0	790	233
51.04.01	509	Verordnungen -Einsatz an ADV-Anlagen usw.-	0		0
511 00-0	313	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Aus-	0	26.740	23.483
51.04.01	509	stattungs-/Ausrüstungs-/sonst.Gebrauchsgegenstände	0		0
		1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 119 00-2 geleistet werden.			
		2. Einnahmen fließen den Mitteln zu.			
514 00-9	313	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen	0	22.410	19.318
51.04.01	509	und dgl.	0		0
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 281 21-7 geleistet werden.			
517 00-8	313	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und	0	8.000	10.113
51.04.01	509	Räume	0		0
518 00-4	313	Mieten und Pachten	0	89.820	90.469
51.04.01	509		0		0
525 00-0	313	Aus- und Fortbildung	0	3.000	2.286
51.04.01	509		0		0
	924				
525 10-8	313	Bedarf für Schulungszwecke	0	630	0
51.04.01	509		0		0
		1. Mehrausgaben bei 525 10-8 und 531 12-4 dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 119 10-0 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 531 12-4.			
526 00-7	313	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	590	371
51.04.01	509		0		0
527 00-3	313	Dienstreisen	0	7.070	12.317
51.04.01	509		0		0
	924				

Kapitel 0510
Fachdienste für Arbeitsschutz

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
529 00-6	313	Verfüungsmittel	0	450	175
51.04.01	509		0		0
531 12-4	313	Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des	0	1.550	1.198
51.04.01	509	Arbeitsschutzes Siehe zu 525 10-8.	0		0
531 85-0	313	Laboruntersuchungen durch Dritte	0	11.900	8.085
51.04.01	509		0		0
532 55-4	313	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	0	14.000	15.085
51.04.01	509	leistungen (Innenreinigung) 1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.	0		0
532 61-9	313	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	0	3.760	3.660
51.04.01	509	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig. 3. Die Mittel sind nicht übertragbar.	0		0
532 63-5	313	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	0	0	1.302
51.04.01	509	(refinanziert) Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 281 63-2 geleistet werden.	0		0
532 72-4	313	An Performa Nord, Entgelte für Postdienst-	0	0	3.465
51.04.01	509	leistungen	0		0
532 75-9	313	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	0	9.850	20.353
51.04.01	509		0		0
532 80-5	313	Entgelte für TUI-Dienstleistungen	0	1.400	0
51.04.01	509		0		0
539 00-1	313	Sonstige Verwaltungsausgaben	0	0	0
51.04.01	509		0		0
539 33-8	313	Kosten für Lizenzen für Software sowie Wartung und	0	1.950	2.480
51.04.01	509	Pflege	0		0
685 10-5	313	Mitgliedsbeiträge	0	100	108
51.04.01	509		0		0
700 00-7	313	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere	0	2.000	442
51.04.01	509	Instandsetzungen	0		0
812 00-0	313	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen	0	11.820	9.980
51.04.01	509	Sachen	0		0

Kapitel 0510
Fachdienste für Arbeitsschutz

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
980 41-7	892	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im	0	930	993
<i>51.04.01</i>	509	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0510			0	1.446.370	1.516.538
			0		0
Abschluss Kapitel 0510					
Gesamteinnahmen Kapitel 0510			0	736.770	703.049
			0		0
Zuschuss/Überschuss			0	-709.600	-813.489
			0		0

Kapitel 0515

Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
0515		Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen			
		EINNAHMEN			
111 00-0	314	Gebühren, sonstige Entgelte	160.000	8.450	6.275
<i>51.02.01</i>	515		163.000		7.171
111 05-0	314	Gebühren für Gelbfieberimpfungen BHV	9.000	0	0
<i>51.02.01</i>	515		9.500		0
111 06-9	314	Gebühren für die Leistungen der Reisemedizin BHV	7.500	0	0
<i>51.02.01</i>	515		7.600		0
111 09-3	314	Untersuchungsgebühren zur Deckung der Personal-	200.000	0	0
<i>51.02.01</i>	515	ausgaben für NVB in der Grenzkontrollstelle Siehe zu 427 10-4.	200.000		0
111 10-7	314	Gebühren für die Einfuhrkontrolle von Fleisch	933.790	850.000	918.284
<i>51.02.01</i>	515		925.790		986.182
111 11-5	314	Gebühren für die Einfuhrkontrolle von	340.000	250.000	345.891
<i>51.02.01</i>	515	Futtermitteln	405.000		333.786
111 12-3	314	Gebühren für die Einfuhrkontrolle von Fisch	1.300.000	1.700.000	1.123.741
<i>51.02.01</i>	515		1.350.000		1.594.143
111 13-1	314	Gebühren für die Einfuhrkontrolle von sonstigen	250.000	150.000	267.715
<i>51.02.01</i>	515	Erzeugnissen	250.000		253.257
111 14-0	314	Gebühren für die Überwachung von Lebensmittel-	35.000	30.000	37.555
<i>51.02.01</i>	515	betrieben	36.000		31.006
111 15-8	314	Gebühren für amtstierärztliche Tätigkeiten	200.000	240.000	183.340
<i>51.02.01</i>	515		200.000		190.292
111 16-6	314	Gebühren für die lfd. Überwachung von EU -	130.000	85.000	91.020
<i>51.02.01</i>	515	zugelassenen Betrieben	130.000		101.600
111 17-4	314	Untersuchungsgebühren für Pflanzenbeschau	285.000	200.000	291.555
<i>51.02.01</i>	515		288.000		330.858
111 18-2	314	Untersuchungsgebühren zur Deckung der	569.450	737.660	1.010.000
<i>51.02.01</i>	515	Personalausgaben Einfuhrkontrolle Siehe zu 422 76-5.	604.240		752.500
111 19-0	314	Untersuchungsgebühren für BSE-Tests	60.000	342.000	153.436
<i>51.02.01</i>	515	Siehe zu 531 30-0.	60.000		156.560
111 20-4	314	Untersuchungsgebühren für Fleischbeschau in Bremen	949.450	660.000	673.415
<i>51.02.01</i>	515	Siehe zu 427 01-5.	950.000		868.455
111 21-2	314	Untersuchungsgebühren für Trichinenschau	0	0	2.348
<i>51.02.01</i>	515		0		1.714

Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
111 22-0	314	Gebühren aus der Schlachtier- und Fleischbeschau	4.500	4.000	6.156
51.02.01	515	außerhalb öffentl. Schlachthöfe	4.500		5.687
111 23-9	314	Untersuchungsgebühren für Fleischbeschau in	420.000	350.000	453.885
51.02.01	515	Bremerhaven	420.000		414.387
111 24-7	314	Ausgleich für Hilfestellung bei Probenentnahmen	3.000	6.000	0
51.02.01	515	Siehe zu 531 24-6.	3.000		0
111 25-5	314	Gebühren für Rückstandsuntersuchungen im Rahmen	106.010	206.010	38.745
51.02.01	515	der Einfuhrkontrolle Siehe zu 531 32-7.	106.010		63.229
111 26-3	314	Gebühren für die Einfuhrkontrolle von Fisch/	26.000	31.000	3.360
51.02.01	515	Cuxhaven Siehe zu 428 77-1.	26.000		18.040
111 27-1	314	Gebühren für die Überwachung von EU-zugelassenen	35.000	30.000	45.853
51.02.01	515	Fischereierzeugnisbetrieben/Cuxhaven Siehe zu 428 77-1.	35.000		29.731
111 28-0	314	Gebühren für amtstierärztliche Tätigkeiten/	10.000	10.000	10.317
51.02.01	515	Cuxhaven Siehe zu 428 77-1.	10.000		7.319
112 00-6	314	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. der damit zu-	63.000	61.000	49.293
51.02.01	515	sammenhängenden Gerichts- u. Verwaltungskosten)	64.000		39.756
119 00-0	314	Sonstige Verwaltungseinnahmen	1.800	1.500	1.390
51.02.01	515		1.990		1.394
119 99-0	314	Vermischte Einnahmen	0	0	0
51.02.01	515		0		41
124 10-1	314	Anteil des Landesuntersuchungsamtes an den	0	38.860	16.074
51.02.01	515	Miet- und Bewirtschaftungskosten	0		47.736
124 11-0	314	Anteilige Miet- und Bewirtschaftungskosten	0	0	0
51.02.01	515		0		0
125 13-2	314	Von den Ärzten für die Inanspruchnahme	5.000	0	0
51.02.01	515	der Einrichtungen	5.000		0
231 10-2	314	Vom Bund für Statistische Erhebungen nach dem	0	6.000	0
51.02.01	515	Absatzfondsgesetz	0		499
236 02-3	314	Erstattung von Krankenkassen nach dem Aufwendungs-	0	0	2.925
51.02.01	515	ausgleichsgesetz	0		0
	925				

Kapitel 0515**Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
271 00-7	314	Erstattung von der EU für die Kofinanzierung von	100.000	200.000	177.919
<i>51.02.01</i>	515	BSE-Tests Siehe zu 531 30-0.	60.000		220.101
380 10-8	892	Von Hst. 0601/980 20-7 für Probenziehung nach dem	0	0	0
<i>51.02.01</i>	515	Strahlenschutzvorsorgegesetz	0		0
380 11-6	892	Von Hst. 0702/980 15-1 für die Qualitätskontrolle	0	5.110	5.110
<i>51.02.01</i>	515	von Obst und Gemüse (Sachkosten) Siehe zu 511 00-8.	0		5.110
380 12-4	892	Von Hst. 0702/980 15-1 für die Qualitätskontrolle	0	40.900	40.900
<i>51.02.01</i>	515	von Obst und Gemüse (Personalkosten) Siehe zu 428 75-5.	0		40.900
386 15-7	892	Von Hst. 3501/986 15-0 für die Wahrnehmung von	812.780	1.036.660	1.036.660
<i>51.02.01</i>	515	Gemeindeaufgaben	812.780		1.445.510
387 10-2	891	Von Hst. 6120/987 05 für Lebensmittelüberwachung	1.017.000	754.000	857.562
<i>51.02.01</i>	515	und Veterinärwesen (Personalkosten) Siehe zu 428 75-5. <i>Veranschlagung gemäß Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Magistrat Bremerhaven und dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.</i>	1.017.000		803.730
387 11-0	891	Von Hst. 6120/987 06 für Lebensmittelüberwachung	0	47.640	45.289
<i>51.02.01</i>	515	und Veterinärwesen (Sachausgaben) Siehe zu 531 33-5.	0		47.640
Gesamteinnahmen Kapitel 0515			8.033.280	8.081.790	7.896.010
			8.144.410		8.798.334

Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärndienst des Landes Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST
			2012 2013	2011	
			EUR		
AUSGABEN					
422 01-3	314	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	832.460	816.580	688.418
51.02.01	515		829.630		688.516
	925				
422 75-7	314	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	223.900	201.710	215.550
51.02.01	515	(refinanziert)	223.900		213.007
	925	Siehe zu 428 75-5.			
422 76-5	314	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	104.500	125.000	110.866
51.02.01	515	(refinanziert aus Gebühreneinnahmen)	123.800		78.045
	925	1. Ausgaben bei 422 76-5, 428 76-3, 441 76-0 und 634 96-7 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 111 18-2 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 76-3, 441 76-0 und 634 96-7.			
422 77-3	314	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter/Cuxhaven	0	0	0
51.02.01	515	(refinanziert aus Gebühreneinnahmen)	0		32.011
	925	Siehe zu 428 77-1.			
427 01-5	314	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	770.180	570.000	970.561
51.02.01	515	Tätige	770.180		907.499
	925	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 111 20-4 geleistet werden.			
427 10-4	314	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	438.310	0	455.522
51.02.01	515	Tätige in der Grenzkontrollstelle	438.310		365.582
	925				
427 75-9	314	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	400.000	241.200	386.893
51.02.01	515	Tätige (refinanziert)	400.000		311.017
	925	Siehe zu 428 75-5.			
428 01-1	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.602.850	1.828.580	1.603.018
51.02.01	515		1.574.760		1.559.069
	925				
428 75-5	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	319.000	284.950	280.830
51.02.01	515	(refinanziert)	319.000		295.582
	925	1. Ausgaben bei 422 75-7, 427 75-9, 428 75-5, 441 75-1 und 634 98-3 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 380 12-4 und 387 10-2 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 422 75-7, 427 75-9, 441 75-1 und 634 98-3.			
428 76-3	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	432.300	571.510	404.052
51.02.01	515	(refinanziert aus Gebühreneinnahmen)	442.000		394.767
	925	Siehe zu 422 76-5.			

**Kapitel 0515
Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
428 77-1	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	71.000	71.000	74.327
<i>51.02.01</i>	515	(Cuxhaven - refinanziert aus Gebühreneinnahmen)	71.000		89.158
	925				
		1. Ausgaben bei 422 77-3, 428 77-1, 441 77-8 und 634 97-5 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 111 26-3, 111 27-1 und 111 28-0 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 422 77-3, 441 77-8 und 634 97-5.			
441 75-1	314	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	6.900	6.530	10.220
<i>51.02.01</i>	515	und dgl. (refinanziert)	6.900		6.401
	925				
		Siehe zu 428 75-5.			
441 76-0	314	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	1.300	3.650	0
<i>51.02.01</i>	515	und dgl. (refinanziert aus Gebühreneinnahmen)	1.300		0
	925				
		Siehe zu 422 76-5.			
441 77-8	314	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	0
<i>51.02.01</i>	515	und dgl./Cuxhaven (refinanziert)	0		0
	925				
		Siehe zu 428 77-1.			
443 07-0	314	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	2.080	1.770	1.354
<i>51.02.01</i>	515	Verordnungen -Einsatz an ADV-Anlagen usw.-	2.120		558
443 09-6	314	Sonstige Fürsorgemaßnahmen	760	200	760
<i>51.02.01</i>	515		770		26
511 00-8	314	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Aus-	110.900	120.790	212.499
<i>51.02.01</i>	515	stattungs-/Ausrüstungs-/sonst.Gebrauchsgegenstände	100.460		115.253
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 380 11-6 geleistet werden.			
514 00-7	314	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	138.550	123.500	143.164
<i>51.02.01</i>	515		136.630		107.300
514 10-4	314	Verbrauchsmittel in der Reisemedizin, Impfstoffe	9.750	0	0
<i>51.02.01</i>	515		9.750		0
517 00-6	314	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	258.800	275.670	137.763
<i>51.02.01</i>	515		258.800		134.190
518 00-2	314	Mieten und Pachten	643.500	555.000	533.725
<i>51.02.01</i>	515		642.600		312.171
519 00-9	314	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	730	0
<i>51.02.01</i>	515		0		0
525 00-9	314	Aus- und Fortbildung	26.900	23.750	25.089
<i>51.02.01</i>	515		26.650		7.769
	924				
525 10-6	314	Lehrgänge der Seefischkunde	0	0	110
<i>51.02.01</i>	515		0		0

Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
525 25-4	011	Schulungs- und Bildungsveranstaltungen gem.	4.750	4.750	2.878
51.02.01	515	§ 39 Abs. 5 PVG und § 23 Abs. 4 SCHWBG	4.750		1.483
	924				
526 00-5	314	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	20.000	1.350	12.053
51.02.01	515		10.000		1.721
527 00-1	314	Dienstreisen	18.350	18.000	24.753
51.02.01	515		18.350		17.753
	924				
531 10-6	314	Bekämpfung von Tierseuchen	20.000	20.000	6.292
51.02.01	515		20.000		17.270
531 11-4	314	Kosten für Tierschutzmaßnahmen	20.000	20.000	14.439
51.02.01	515		20.000		13.994
531 20-3	314	Kosten für Software	100.000	86.000	14.498
51.02.01	515		100.000		4.156
531 24-6	314	Kosten für Hilfestellungen bei Probeentnahmen	3.000	6.000	671
51.02.01	515	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 111 24-7 geleistet werden.	3.000		160
531 26-2	314	Untersuchung von Lebensmitteln	789.350	789.350	609.350
51.02.01	515		789.350		969.350
531 27-0	314	Untersuchungen im Rahmen der Ein- und Ausfuhr-	40.000	60.150	15.850
51.02.01	515	kontrolle	40.000		19.495
531 28-9	314	Untersuchungen im Rahmen der Fleisch-	45.000	50.000	37.988
51.02.01	515	hygieneüberwachung	45.000		77.278
531 29-7	314	Untersuchungen im Rahmen der Pflanzenbeschau	8.000	8.000	2.686
51.02.01	515		8.000		7.875
531 30-0	314	Untersuchungen im Rahmen der BSE-Tests	160.000	542.000	255.277
51.02.01	515	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 111 19-0 und 271 00-7 geleistet werden.	120.000		276.041
531 32-7	314	Untersuchungen im Rahmen der Einfuhrkontrolle auf	106.010	206.010	43.427
51.02.01	515	Rückstandsuntersuchungen Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 111 25-5 geleistet werden.	106.010		49.413
531 33-5	314	Sachkosten für Untersuchungen	0	47.640	0
51.02.01	515	Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 387 11-0 geleistet werden.	0		0
532 55-2	314	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	22.630	19.330	19.330
51.02.01	515	leistungen (Innenreinigung) 1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.	22.630		19.331

Kapitel 0515

Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
532 61-7	012	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	14.080	19.970	20.320
<i>51.02.01</i>	515		13.590		19.213
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig. 3. Die Mittel sind nicht übertragbar.			
532 63-3	012	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	0	0	7.668
<i>51.02.01</i>	515	(refinanziert)	0		7.893
532 72-2	012	An Performa Nord, Entgelte für Postdienst-	6.750	3.400	5.001
<i>51.02.01</i>	515	leistungen	6.750		3.400
532 75-7	314	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	93.010	71.060	118.311
<i>51.02.01</i>	515		93.010		105.594
539 00-0	314	Sonstige Verwaltungsausgaben	2.000	2.630	31.556
<i>51.02.01</i>	515		2.000		7.650
539 33-6	314	Kosten für Lizenzen für Software sowie Wartung und	0	0	52.822
<i>51.02.01</i>	515	Pflege	0		48.442
539 35-2	314	Sachkosten i.R. des Gesundheitsmanagement	12.000	0	0
<i>51.02.01</i>	515		12.000		0
634 96-7	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	31.350	37.500	0
<i>51.02.01</i>	515	(Gebühreneinnahmen) Siehe zu 422 76-5.	37.140		0
634 97-5	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
<i>51.02.01</i>	515	(Cuxhaven) Siehe zu 428 77-1.	0		0
634 98-3	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	67.200	60.510	0
<i>51.02.01</i>	515	Siehe zu 428 75-5.	67.200		0
700 00-5	314	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere	0	0	21.187
<i>51.02.01</i>	515	Instandsetzungen	0		0
719 00-8	314	Bau von Fernmeldeanlagen	1.500	4.000	0
<i>51.02.01</i>	515		1.500		0
811 00-1	314	Erwerb von Fahrzeugen	0	0	0
<i>51.02.01</i>	515		0		0
812 00-8	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen	24.190	22.680	127.893
<i>51.02.01</i>	515	Sachen	25.030		119.923
812 33-4	314	Erwerb von Softwarelizenzen	0	0	41.650
<i>51.02.01</i>	515		0		7.900
919 04-0	851	Zuführung an die Rücklage für Versorgungsvorsorge	0	0	64.665
<i>51.02.01</i>	515	<i>Verlagert nach 634 98-3.</i>	0		71.697

Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
919 14-7	851	Zuführung an die Rücklage für Versorgungsvorsorge	0	0	33.260
51.02.01	515	(Cuxhaven) <i>Verlagert nach 634 97-5.</i>	0		9.603
919 24-4	851	Zuführung an die Rücklage für Versorgungsvorsorge	0	0	4.733
51.02.01	515	(Gebühreneinnahmen) <i>Verlagert nach 634 96-7.</i>	0		23.414
Gesamtausgaben Kapitel 0515			8.003.110	7.922.450	7.843.279
			7.943.870		7.517.969
Abschluss Kapitel 0515					
Gesamteinnahmen Kapitel 0515			8.033.280	8.081.790	7.896.010
			8.144.410		8.798.334
Zuschuss/Überschuss			30.170	159.340	52.731
			200.540		1.280.365

Kapitel 0517
Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
0517		Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen			
		Verlagerung des Gewerbeaufsichtsamtes des Landes Bremen aus dem Bereich Arbeit (Kapitel 0310) als Folge der Zusammenführung der Fach- und Ressourcenverantwortung.			
		EINNAHMEN			
111 00-7	313	Gebühren, sonstige Entgelte	902.440	871.480	1.094.598
<i>51.04.02</i>	517		919.260		0
111 04-0	313	Gebühren für die Ausgabe von digitalen Karten nach	47.380	47.380	8.498
<i>51.04.02</i>	517	dem Fahrpersonalrecht Siehe zu 428 74-4.	47.380		0
111 05-8	313	Gebühren für die Marktüberwachung	0	0	2.588
<i>51.04.02</i>	517	Siehe zu 531 05-7.	0		0
112 00-3	313	Geldstrafen und Geldbußen	170.830	170.830	264.024
<i>51.04.02</i>	517	Siehe zu 428 76-0.	170.830		0
112 10-0	313	Geldbußen nach dem Seemannsgesetz	0	0	0
<i>51.04.02</i>	517	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 684 10-4.	0		0
119 00-8	313	Sonstige Verwaltungseinnahmen	350	350	32
<i>51.04.02</i>	517	Siehe zu 526 00-2.	350		0
132 00-4	313	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	3.108
<i>51.04.02</i>	517		0		0
380 10-5	892	Von Hst. 0601/980 20-7 für den Vollzug energie -	0	0	22.146
<i>51.04.02</i>	517	bezogener Bundesvorschriften Siehe zu 428 78-7.	0		0
380 11-3	892	Von Hst. 0629/980 11-3 für den Vollzug umwelt-	0	0	0
<i>51.04.02</i>	517	bezogener Bundesvorschriften Siehe zu 531 11-1.	0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 0517	1.121.000	1.090.040	1.394.995
			1.137.820		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST 2010 2009
			2012 2013	2011	
			EUR		
AUSGABEN					
422 01-0	313	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	521.520	649.390	617.874
51.04.02	517		520.850		0
	925				
422 78-9	313	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	0	0	0
51.04.02	517	(Marktüberwachung nach EBPg, refinanziert)	0		0
	925	Siehe zu 428 78-7.			
428 01-9	313	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.562.750	2.425.060	2.776.997
51.04.02	517		2.525.000		0
	925				
428 74-4	313	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	47.350	47.350	37.910
51.04.02	517	(Digitale Karten, refinanziert)	47.350		0
	925	1. Ausgaben bei 428 74-4 und 441 74-0 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 111 04-0 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 441 74-0.			
428 76-0	313	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	49.417
51.04.02	517	(Straf- und Bußgeldverfahren, refinanziert)	0		0
	925	Ausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 112 00-3 geleistet werden.			
428 78-7	313	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
51.04.02	517	(Marktüberwachung nach EBPg, refinanziert)	0		0
	925	1. Ausgaben bei 422 78-9, 428 78-7, 441 78-3, 531 06-5 und 634 10-7 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 380 10-5 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 422 78-9, 441 78-3, 531 06-5 und 634 10-7.			
441 74-0	313	Beihilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	30	30	0
51.04.02	517	(Digitale Karten, refinanziert)	30		0
	925	Siehe zu 428 74-4.			
441 78-3	313	Beihilfen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeit-	0	0	0
51.04.02	517	nehmer (Marktüberwachung nach EBPg, refinanziert)	0		0
	925	Siehe zu 428 78-7.			
443 07-7	313	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	1.090	900	1.091
51.04.02	517	Verordnungen -Einsatz an ADV-Anlagen usw.-	1.110		0
511 00-5	313	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,	31.480	35.090	30.989
51.04.02	517	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, ... Einnahmen aus dem Teilleistungsvertrag mit der Deutschen Post fließen den Mitteln zu.	31.130		0
514 00-4	313	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und	11.240	11.240	15.924
51.04.02	517	dgl.	11.240		0
517 00-3	313	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und	43.000	43.230	52.759
51.04.02	517	Räume	43.000		0

Kapitel 0517
Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
518 00-0	313	Mieten und Pachten	155.640	155.640	155.640
51.04.02	517		155.640		0
518 50-6	313	Miet- und Pachtzahlungen an das	25.880	25.880	25.875
51.04.02	517	Sondervermögen Immobilien und Technik	25.880		0
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen bis zur Höhe von 100.000 EUR sind mit Zustimmung der Senatorin für Finanzen und darüber hinaus nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
519 00-6	313	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.130	4.030	0
51.04.02	517		4.050		0
525 00-6	313	Aus- und Fortbildung	10.170	9.660	8.133
51.04.02	517		10.170		0
	924				
526 00-2	313	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	1.250	1.150	20
51.04.02	517	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 119 00-8 geleistet werden.	1.240		0
527 00-9	313	Dienstreisen	5.020	4.520	4.744
51.04.02	517		5.020		0
	924				
531 04-9	313	Ausgabe von digitalen Karten nach dem	10.500	13.000	3.030
51.04.02	517	Fahrpersonalrecht	10.250		0
531 05-7	313	Kosten für die Marktüberwachung	16.650	24.000	3.143
51.04.02	517	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 111 05-8 geleistet werden.	14.360		0
531 06-5	313	Kosten für die Marktüberwachung nach EBPBG	0	0	0
51.04.02	517	Siehe zu 428 78-7.	0		0
531 11-1	313	Kosten für die Marktüberwachung nach WMRG	0	0	0
51.04.02	517	Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 380 11-3 geleistet werden.	0		0
532 55-0	313	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	16.280	16.280	17.520
51.04.02	517	leistungen (Innenreinigung)	16.280		0
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
532 61-4	313	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	14.210	12.690	14.553
51.04.02	517		13.970		0
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
		3. Die Mittel sind nicht übertragbar.			
532 63-0	313	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	0	0	710
51.04.02	517	(refinanziert)	0		0
532 72-0	313	An Performa Nord, Entgelte für Postdienst-	0	0	8.375
51.04.02	517	leistungen	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
532 75-4	313	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	25.280	25.280	31.410
51.04.02	517		25.280		0
539 00-7	313	Sonstige Verwaltungsausgaben	890	830	3.996
51.04.02	517		880		0
539 33-3	313	Kosten für Lizenzen für Software sowie Wartung und	0	0	657
51.04.02	517	Pflege	0		0
634 10-7	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
51.04.02	517	Siehe zu 428 78-7.	0		0
684 10-4	313	Abführung der Geldbußen an die deutsche	0	0	0
51.04.02	517	Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 112 10-0 geleistet werden.	0		0
700 00-2	313	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere	0	0	2.263
51.04.02	517	Instandsetzungen	0		0
812 00-5	313	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen	5.390	5.870	3.888
51.04.02	517	Sachen	5.550		0
980 41-2	892	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im	2.650	2.650	2.793
51.04.02	517	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	2.650		0
984 09-4	892	An Hst. 3992/384 50-5, Pauschalanteil an den	4.290	4.290	4.290
51.04.02	517	Kosten des Haftpflichtschadenausgleichs	4.290		0
Gesamtausgaben Kapitel 0517			3.516.690	3.518.060	3.874.002
			3.475.220		0
Abschluss Kapitel 0517					
Gesamteinnahmen Kapitel 0517			1.121.000	1.090.040	1.394.995
			1.137.820		0
Zuschuss/Überschuss			-2.395.690	-2.428.020	-2.479.007
			-2.337.400		0

Kapitel 0518
Landeseichdirektion Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	

0518 Landeseichdirektion Bremen

Verlagerung der Landeseichdirektion Bremen aus dem Bereich Arbeit
(Kapitel 0320) als Folge der Zusammenführung der Fach- und
Ressourcenverantwortung.

EINNAHMEN

111 00-0	314	Gebühren, sonstige Entgelte	610.000	714.070	608.324
<i>51.04.03</i>	518		663.070		0
112 00-7	314	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. der damit zu-	0	0	220
<i>51.04.03</i>	518	sammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0		0
119 00-1	314	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	7
<i>51.04.03</i>	518		0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 0518	610.000	714.070	608.551
			663.070		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
AUSGABEN					
422 01-4	314	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	230.740	267.100	185.569
51.04.03	518		221.950		0
	925				
427 01-6	314	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für neben-	12.900	2.150	12.935
51.04.03	518	amtlich und nebenberuflich Tätige	12.900		0
	925				
428 01-2	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	473.080	442.260	382.773
51.04.03	518		470.930		0
	925				
432 29-0	018	Versorgungsbezüge der Beamten im einstweiligen	33.000	0	34.114
51.04.03	518	Ruhestand	33.000		0
	925				
443 07-0	314	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	310	310	252
51.04.03	518	Verordnungen -Einsatz an ADV-Anlagen usw.-	310		0
511 00-9	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte,	15.470	16.900	19.611
51.04.03	518	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, ...	15.280		0
514 00-8	314	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen	19.000	19.950	17.711
51.04.03	518	dgl.	19.000		0
517 00-7	314	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und	32.800	28.000	32.470
51.04.03	518	Räume	32.800		0
518 50-0	314	Miet- und Pachtzahlungen an das	61.760	61.760	61.754
51.04.03	518	Sondervermögen Immobilien und Technik	61.760		0
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen bis zur Höhe von 100.000 EUR sind mit Zustimmung der Senatorin für Finanzen und darüber hinaus nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
519 00-0	314	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	200	620	202
51.04.03	518		200		0
525 00-0	314	Aus- und Fortbildung	7.830	1.430	0
51.04.03	518		1.000		0
	924				
527 00-2	314	Dienstreisen	1.800	1.800	930
51.04.03	518		1.500		0
	924				
531 11-5	314	Entschädigungsleistungen gem. § 32 Abs. 4	150	150	8
51.04.03	518	Eichgesetz	150		0

Kapitel 0518
Landeseichdirektion Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
532 55-3	314	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	0	0	0
<i>51.04.03</i>	518	leistungen (Innenreinigung) 1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.	0		0
532 61-8	314	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	2.890	2.640	3.200
<i>51.04.03</i>	518	 1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig. 3. Die Mittel sind nicht übertragbar.	2.840		0
532 72-3	012	An Performa Nord, Entgelte für Postdienst-	4.000	4.300	3.937
<i>51.04.03</i>	518	leistungen	4.000		0
532 75-8	314	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	5.410	5.410	5.574
<i>51.04.03</i>	518		5.410		0
539 00-0	314	Sonstige Verwaltungsausgaben	200	270	70
<i>51.04.03</i>	518		200		0
539 33-7	314	Kosten für Lizenzen für Software sowie Wartung und	4.000	0	0
<i>51.04.03</i>	518	Pflege	4.000		0
632 20-5	314	Kostenerstattung im Rahmen der E-Zähler-Prüfungen	4.050	4.050	4.050
<i>51.04.03</i>	518		4.050		0
685 10-4	314	Anteilige Kosten an der Akademie für Metrologie	3.080	3.080	730
<i>51.04.03</i>	518		3.080		0
700 00-6	314	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere	1.000	1.000	0
<i>51.04.03</i>	518	Instandsetzungen	1.000		0
811 00-2	314	Erwerb von Fahrzeugen	0	20.000	18.078
<i>51.04.03</i>	518		34.000		0
812 00-9	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen	38.650	22.160	23.124
<i>51.04.03</i>	518	Sachen	5.800		0
980 41-6	892	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im	540	0	0
<i>51.04.03</i>	518	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	540		0
984 09-8	892	An Hst. 3992/384 50-5, Pauschalanteil an den	1.840	1.840	1.840
<i>51.04.03</i>	518	Kosten des Haftpflichtschadenausgleichs	1.840		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
Gesamtausgaben Kapitel 0518			954.700	907.180	808.932
			937.540		0
Abschluss Kapitel 0518					
Gesamteinnahmen Kapitel 0518			610.000	714.070	608.551
			663.070		0
Zuschuss/Überschuss			-344.700	-193.110	-200.381
			-274.470		0

Kapitel 0520
Krankenhausfinanzierung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
0520		Krankenhausfinanzierung			
		Die Krankenhausinvestitionen werden gemäß dem Bremischen Krankenhausgesetz (BremKrhG) grundsätzlich zu 2/3 vom Land und zu je 1/3 von der Stadtgemeinde Bremen oder der Stadtgemeinde Bremerhaven getragen.			
		AUSGABEN			
526 20-0	312	Gutachterkosten und Bauprüfungen	15.190	15.480	8.333
51.03.01	500		15.050		17.321
564 01-2	831	BKF-Zinsen Regionalisierung der Psychiatrie	161.230	0	0
51.03.01	500		150.190		0
661 20-4	312	Zentraler OP und Zentralisierte Aufnahme im	0	0	506.194
51.03.01	500	Klinikum Bremen-Mitte (Zinsen)	0		541.727
662 20-0	312	Schuldendiensthilfen an freigemeinnützige	0	0	0
51.03.01	500	und private Krankenhäuser (Zinsen)	0		548
664 20-3	312	Kapitaldienstfinanzierung: Regionalisierung der	0	205.000	147.224
51.03.01	500	Psychiatrie (Zinsen)	0		150.475
882 10-3	132	An Hamburg für das Behandlungszentrum für	0	0	76.200
51.03.01	500	hochkontagiöse Infektionen Uni-Klinik-Eppendorf	0		0
884 20-3	312	Kapitaldienstfinanzierung: Regionalisierung der	265.000	264.840	264.840
51.03.01	500	Psychiatrie (Tilgung)	265.000		264.840
891 25-0	312	Zentraler OP und Zentralisierte Aufnahme im	0	0	6.310.610
51.03.01	500	Klinikum Bremen-Mitte (Tilgung)	0		1.344.400
891 30-7	312	Kurzfristige Investitionen an Klinika der	6.319.520	6.319.520	6.297.741
51.03.01	500	Gesundheit Nord	6.319.520		6.297.741
891 31-5	312	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika	4.122.600	601.460	1.706.159
51.03.01	500	der Gesundheit Nord	4.065.260		1.678.045
891 33-1	312	Kurzfristige Investitionen an Klinikum Bremerhaven	1.421.920	1.421.920	1.428.614
51.03.01	500	Reinkenheide	1.421.920		1.420.961
891 34-0	312	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinikum	828.640	1.700.000	2.243.337
51.03.01	500	Bremerhaven Reinkenheide	867.600		6.000.000
891 35-8	312	Einrichtung einer Frührehabilitation im Klinikum	0	0	-744.947
51.03.01	500	Bremen-Mitte (Tilgung)	0		0
892 31-1	312	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige	2.722.900	2.722.900	2.722.568
51.03.01	500	und private Krankenhäuser	2.722.900		2.709.164

Kapitel 0520
Krankenhausfinanzierung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
892 32-0	312	Mittel- und langfristige Investitionen an	1.614.480	2.735.530	1.181.298
51.03.01	500	frei gemeinnützige und private Krankenhäuser	1.688.240		694.391
892 33-8	312	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige	949.330	949.330	922.805
51.03.01	500	und private Krankenhäuser in Bremerhaven	949.330		922.805
892 34-6	312	Mittel- u. langfrist Investitionen an frei gemein-	741.560	3.414.670	33.333
51.03.01	500	nützige und private Krankenhäuser in Bremerhaven	659.600		46.319
Gesamtausgaben Kapitel 0520			19.162.370	20.350.650	23.104.310
			19.124.610		22.088.737
Abschluss Kapitel 0520					
Gesamteinnahmen Kapitel 0520			0	0	0
			0		0
Zuschuss/Überschuss			-19.162.370	-20.350.650	-23.104.310
			-19.124.610		-22.088.737

Gesundheit

3501	Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit
3510	Gesundheitsamt Bremen
3512	Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen
3520	Krankenhausfinanzierung

Kapitel 3501
Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
3501		Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit			
		EINNAHMEN			
119 00-7	311	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500		0		0
119 06-6	311	Erstattungen / Rückzahlungen von Zuwendungen	0	0	2.625
<i>51.01.01</i>	500		0		51.173
	510				
119 15-5	311	Erstattung von Kosten der Tierkörperbeseitigung	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500	Siehe zu 531 15-3.	0		0
123 29-2	311	Abgabeanteil aus Toto und Lotto, "Spiel 77" und	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500	Oddset-Wette	0		1.320.122
235 19-8	314	Von den Krankenkassen für Maßnahmen zur	0	0	17.064
<i>51.01.01</i>	500	Gesundheitsförderung	0		17.035
	510	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 684 19-7.			
359 01-6	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	154.000
<i>51.90.01</i>	500		0		0
	900				
359 03-2	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	917
<i>51.90.01</i>	500		0		4.518
	900				
		Gesamteinnahmen Kapitel 3501	0	0	174.606
			0		1.392.849

Kapitel 3501
Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
AUSGABEN					
422 19-2	011	Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte	8.900	0	0
<i>51.90.01</i>	500	(Produktplan Gesundheit)	8.900		0
	925	Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
441 51-0	311	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	57.100	0	0
<i>51.90.01</i>	500	und dgl. (Produktplan Gesundheit)	60.490		0
	925	Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
531 15-3	314	Kosten der Tierkörperbeseitigung	41.300	41.300	26.643
<i>51.01.01</i>	500	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 15-5 geleistet werden.	41.300		30.704
531 21-8	314	Kosten für Maßnahmen nach dem Leichengesetz	358.000	367.000	358.000
<i>51.01.01</i>	500		358.000		358.000
531 30-7	314	Aktions- und Unterstützungsfonds im Gesundheits-	30.000	36.340	15.110
<i>51.01.01</i>	500	wesen	30.000		34.310
531 31-5	311	Projekte zur Qualitätssicherung im Gesundheits-	10.500	10.500	11.041
<i>51.01.01</i>	500	wesen	10.500		10.440
531 32-3	311	Projekte und Verbraucherinformationen zur Lebens-	0	5.000	2.249
<i>51.01.01</i>	500	mittelsicherheit und Tiergesundheit	0		5.388
684 11-1	314	Zuschuss an das Rat u. Tat-Zentrum für Maßnahmen	152.000	152.000	150.831
<i>51.01.01</i>	500	zur Aids-Bekämpfung	152.000		150.831
		Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d.J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.			
684 13-8	314	Zuschüsse für den Gesundheitstreffpunkt	102.260	107.260	102.260
<i>51.01.01</i>	500		102.260		102.260
	510	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d.J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.			
684 14-6	314	Zuschüsse an CARA - Beratungsstelle zur	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500	vorgeburtlichen Diagnostik	0		48.350
684 16-2	314	Zuschüsse an den Notruf für vergewaltigte Frauen	128.000	128.000	128.000
<i>51.01.01</i>	500	und Mädchen	128.000		106.560
	510	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d.J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.			

Kapitel 3501
Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
684 18-9	314	Zuschüsse an den Frauengesundheitstreff Tenever	110.000	115.000	110.000
<i>51.01.01</i>	500		110.000		111.500
	510	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages vorausgibt werden. Nach dem I. Quartal d.J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.			
684 19-7	314	Zuschüsse zur Selbsthilfe Krankheit, Gesundheits-	188.160	188.160	205.219
<i>51.01.01</i>	500	förderung, Sucht und Behinderung	188.160		205.192
	510	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 235 19-8 geleistet werden.			
684 20-0	314	Beitrag an die unabhängige Patientenberatungs-	40.000	35.300	35.300
<i>51.01.01</i>	500	stelle	40.000		35.300
893 30-6	314	Zuschüsse für investive Maßnahmen zur Gesundheits-	0	0	0
<i>51.01.01</i>	500	förderung	0		0
919 01-1	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	31.795
<i>51.90.01</i>	500		0		410.893
	900				
919 03-8	851	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0	0	22.447
<i>51.90.01</i>	500		0		917
	900				
974 99-3	883	Minderausgabe	0	-154.000	0
<i>51.01.01</i>	500		0		0
986 10-0	892	An Hst. 0510/386 10-8 für die Wahrnehmung von	0	341.400	341.400
<i>51.04.01</i>	500	Gemeindeaufgaben	0		0
986 15-0	892	An Hst. 0515/386 15-7 für die Wahrnehmung von	812.780	1.036.660	1.036.660
<i>51.02.01</i>	500	Gemeindeaufgaben	812.780		1.445.510
		Gesamtausgaben Kapitel 3501	2.039.000	2.409.920	2.576.955
			2.042.390		3.056.155
Abschluss Kapitel 3501					
		Gesamteinnahmen Kapitel 3501	0	0	174.606
			0		1.392.849
		Zuschuss/Überschuss	-2.039.000	-2.409.920	-2.402.349
			-2.042.390		-1.663.306

Kapitel 3510
Gesundheitsamt Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
3510 Gesundheitsamt Bremen					
EINNAHMEN					
111 00-0	311	Gebühren, sonstige Entgelte	353.650	329.840	254.485
51.01.02	510		366.930		267.492
111 10-8	311	Gebühren für Gelbfieberimpfungen	57.000	0	0
51.01.02	510		58.000		0
111 15-9	311	Gebühren für die Leistungen der Reisemedizin	47.000	0	0
51.01.02	510	Siehe zu 514 15-6.	47.500		0
119 00-1	311	Sonstige Verwaltungseinnahmen	1.000	310	1.719
51.01.02	510		1.000		96.618
119 06-0	311	Erstattungen / Rückzahlungen von Zuwendungen	0	0	0
51.01.02	510		0		2.951
119 20-6	311	Erstattungen von Dritten für verauslagte Gutachten	35.000	35.000	55.335
51.01.02	510	Siehe zu 526 00-6.	35.000		0
124 00-5	311	Mieten und Pachten	55.000	54.560	58.214
51.01.02	510		55.000		78.644
125 13-3	311	Von den Ärzten für die Inanspruchnahme der	0	0	0
51.01.02	510	Einrichtungen	0		0
233 01-7	311	Erstattung von Personalkosten	493.380	348.450	450.728
51.01.02	510	Siehe zu 428 75-6.	488.670		387.864
236 02-4	311	Erstattungen von Krankenkassen	0	0	0
51.01.02	510		0		41
236 10-5	311	Von Dritten für Personalkosten der Zentralen	789.330	694.400	783.804
51.01.02	510	Stelle (Mamma-Screening) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 76-4 und 441 76-0.	801.170		737.425
236 12-1	311	Von Dritten für Sachkosten der Zentralen Stelle	650.000	650.000	577.099
51.01.02	510	(Mamma-Screening) Zweckgebunden zur Deckung der Ausgaben bei 531 55-7.	650.000		611.743
281 10-0	311	Erstattung von Impfkosten	92.500	92.500	21.365
51.01.02	510	Siehe zu 514 10-5.	92.500		38.807
336 10-0	311	Von Dritten für Investitionen der Zentralen Stelle	0	0	0
51.01.02	510	(Mamma-Screening) Zweckgebunden zur Deckung der Ausgaben bei 812 15-7.	0		0
Gesamteinnahmen Kapitel 3510			2.573.860	2.205.060	2.202.749
			2.595.770		2.221.584

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
AUSGABEN					
422 01-4	311	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	492.230	569.660	562.363
51.01.02	510		487.370		585.080
	925				
422 11-1	311	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter im Sozial-	252.760	313.790	270.712
51.01.02	510	psychiatrischen Dienst	246.050		317.405
	925				
428 01-2	311	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.536.760	5.204.340	5.519.874
51.01.02	510		5.437.220		5.392.100
	925				
428 03-9	311	Entgelte an Dritte für bereitgestelltes Personal	93.390	88.000	84.404
51.01.02	510		93.430		91.711
	925				
428 70-5	311	Personelle Aufwendungen zur Verbesserung der	361.380	342.700	369.702
51.01.02	510	Sicherung des Kindeswohls	361.380		333.082
428 75-6	311	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	493.260	348.330	436.534
51.01.02	510	(refinanziert)	488.550		356.005
	925				
		1. Ausgaben bei 428 75-6 und 441 75-2 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 233 01-7 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 441 75-2.			
428 76-4	311	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	788.960	694.030	774.288
51.01.02	510	der Zentralen Stelle (Mamma-Screening,	800.800		732.884
	925	refinanziert)			
		1. Ausgaben bei 428 76-4 und 441 76-0 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 236 10-5 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 441 76-0.			
		3. Die nicht verbrauchten Einnahmen sind übertragbar.			
441 75-2	311	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	120	120	0
51.01.02	510	und dgl. (Angestellte - refinanziert)	120		31
	925				
		Siehe zu 428 75-6.			
441 76-0	311	Beihilfen, soweit nicht Versorgungsempfänger u.	370	370	0
51.01.02	510	dgl. (Mamma-Screening, Angestellte - refinanziert)	370		0
	925				
		Siehe zu 428 76-4.			
443 07-0	311	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	1.360	2.060	2.866
51.01.02	510	Verordnungen -Einsatz an ADV-Anlagen usw.-	1.360		1.404
443 09-7	311	Sonstige Fürsorgemaßnahmen	180	180	0
51.01.02	510		180		385
511 00-9	311	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Aus-	69.040	83.840	108.167
51.01.02	510	stattungs-/Ausrüstungs-/sonst.Gebrauchsgegenstände	69.180		83.356
514 00-8	311	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	21.600	14.250	24.610
51.01.02	510		21.000		20.110

**Kapitel 3510
Gesundheitsamt Bremen**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschatg 2012	Anschatg 2011	IST 2010
			2013	EUR	
514 10-5	311	Schutzimpfungen	52.000	82.370	28.306
51.01.02	510	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 281 10-0 geleistet werden.	50.000		44.022
514 15-6	311	Kosten der Reisemedizin	54.000	0	0
51.01.02	510	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 111 15-9 geleistet werden.	54.000		0
517 00-7	311	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	120.200	111.730	137.344
51.01.02	510		120.200		169.556
518 00-3	311	Mieten und Pachten	90.200	91.100	69.431
51.01.02	510		89.200		70.514
518 50-0	311	Miet- und Pachtzahlungen an das	510.000	513.160	506.629
51.01.02	510	Sondervermögen Immobilien und Technik 1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen bis zur Höhe von 100.000 EUR sind mit Zustimmung der Senatorin für Finanzen und darüber hinaus nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.	510.000		0
519 00-0	311	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.000	5.700	1.614
51.01.02	510		3.000		556
525 00-0	311	Aus- und Fortbildung	10.850	9.500	13.209
51.01.02	510		10.800		11.627
	924				
526 00-6	311	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	55.800	56.700	89.805
51.01.02	510	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 119 20-6 geleistet werden.	55.000		49.227
527 00-2	311	Dienstreisen	18.150	18.000	18.994
51.01.02	510		18.150		25.050
	924				
529 00-5	311	Verfüungsmittel	500	630	360
51.01.02	510		500		1.485
531 12-3	314	Kosten für Maßnahmen zur Bekämpfung sexuell	8.290	8.360	8.521
51.01.02	510	übertragbarer Krankheiten	8.000		5.655
531 15-8	314	Sozialtherapeutische Maßnahmen	0	150	100
51.01.02	510		0		50
531 25-5	311	Konsumtive Aufwendungen zur Verbesserung	56.140	89.000	47.835
51.01.02	510	der Sicherung des Kindeswohls	56.190		50.462
	924				
531 35-2	311	Kosten der humanitären Sprechstunde	23.000	0	14.792
51.01.02	510		23.000		0
531 55-7	311	Aufwendungen der Zentralen Stelle	650.000	650.000	594.389
51.01.02	510	(Mamma-Screening)	650.000		581.390
	924	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 236 12-1 geleistet werden.			

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
531 85-9	314	Kosten für Untersuchungen durch Dritte	42.700	27.000	39.063
51.01.02	510		37.960		38.237
531 90-5	314	Gesundheitliche Aufklärung	10.800	10.000	8.191
51.01.02	510		10.700		10.562
532 40-5	311	Entgelte für Gebäudedienstleistungen (Hausmeister-	52.400	52.400	50.983
51.01.02	510	dienste)	52.400		49.918
532 55-3	311	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	108.490	107.080	125.057
51.01.02	510	leistungen (Innenreinigung)	108.490		130.529
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
532 61-8	012	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	35.190	32.840	30.053
51.01.02	510		34.140		36.396
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
		3. Die Mittel sind nicht übertragbar.			
532 63-4	012	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	0	0	1.973
51.01.02	510	(refinanziert)	0		6.179
532 72-3	012	An Performa Nord, Entgelte für Postdienst-	16.250	26.100	15.287
51.01.02	510	leistungen	15.750		41.011
532 75-8	311	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	57.290	46.100	55.979
51.01.02	510		57.290		80.378
539 00-0	311	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	5.000	5.220	1.479
51.01.02	510		5.000		15.710
539 33-7	311	Kosten für Lizenzen für Software sowie Wartung und	0	0	2.497
51.01.02	510	Pflege	0		16.318
682 20-2	312	Zuschüsse an d. Klinika Bremen-Ost und Bremen-Nord	1.479.850	1.506.980	1.524.522
51.01.02	510	für Maßnahmen nach PsychKG (Personalausgaben)	1.466.540		1.480.200
682 21-0	312	Zuschüsse an d. Klinika Bremen-Ost und Bremen-Nord	122.930	125.180	125.180
51.01.02	510	für Maßnahmen nach PsychKG (Sachausgaben)	121.690		125.184
684 10-8	314	Unterstützung der Selbsthilfegruppen	5.050	5.120	2.472
51.01.02	510		5.000		6.493
684 20-5	314	Zuschuss an comeback gGmbH zum Betrieb des	632.500	632.500	700.502
51.01.04	510	Kontakt- und Beratungszentrums für Drogenkranke	632.500		743.682
		Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.			

Kapitel 3510
Gesundheitsamt Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
684 21-3	314	Zuschuss an die Ambulante Drogenhilfe gGmbH zum	441.000	441.000	576.166
<i>51.01.04</i>	510	Betrieb der Drogenhilfezentren Mitte und Nord Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.	441.000		502.919
684 22-1	314	Zuschüsse an Träger der Selbsthilfe in der	49.990	49.990	49.990
<i>51.01.04</i>	510	Drogenhilfe	49.990		67.720
684 23-0	314	Zuschüsse für Maßnahmen der Suchtkrankenhilfe	50.030	50.030	51.001
<i>51.01.04</i>	510		50.030		51.001
684 24-8	314	Zuschuss an comeback gGmbH für EMP-Frauen/ substituierte Mütter (Kindeswohl)	50.000	50.000	50.000
<i>51.01.04</i>	510		50.000		0
700 00-6	311	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere	81.500	92.600	74.589
<i>51.01.02</i>	510	Instandsetzungen	84.500		40.429
811 00-2	311	Erwerb von Fahrzeugen	0	0	2.820
<i>51.01.02</i>	510		0		12.788
812 00-9	311	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen	30.510	30.000	52.740
<i>51.01.02</i>	510	Sachen	30.810		52.545
812 15-7	311	Investitionen der Zentralen Stelle	0	0	0
<i>51.01.02</i>	510	(Mamma-Screening) Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 336 10-0 geleistet werden.	0		0
812 33-5	311	Erwerb von Softwarelizenzen	0	0	0
<i>51.01.02</i>	510		0		0
891 11-1	312	An die Klinika Bremen-Ost und Bremen-Nord für die	19.490	20.000	20.000
<i>51.01.02</i>	510	Investitionen des SpsD	20.000		39.996
893 20-3	314	Zuschüsse für investive Maßnahmen in der	45.930	50.000	59.984
<i>51.01.04</i>	510	Drogenhilfe	47.300		40.002
980 07-6	892	An Hst. 3987/380 05-4 für konsumtive Mieten aus	0	0	0
<i>51.01.02</i>	510	Verwaltungsgrundvermögen	0		296.756
980 08-4	892	An Hst. 3987/380 06-2 für investive Mieten aus	0	0	0
<i>51.01.02</i>	510	Verwaltungsgrundvermögen	0		214.892
980 41-6	892	An Hst. 3950/380 41-0, Erstattung von Kosten im	5.400	5.400	0
<i>51.01.02</i>	510	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	5.400		3.009

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
		Gesamtausgaben Kapitel 3510	13.105.840 12.981.540	12.663.610	13.305.377 13.026.003
Abschluss Kapitel 3510					
		Gesamteinnahmen Kapitel 3510	2.573.860 2.595.770	2.205.060	2.202.749 2.221.584
		Zuschuss/Überschuss	-10.531.980 -10.385.770	-10.458.550	-11.102.628 -10.804.419

Kapitel 3512
Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
3512		Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen			
		EINNAHMEN			
111 00-8	311	Gebühren, sonstige Entgelte	0	145.470	160.185
<i>51.01.03</i>	512		0		177.830
111 10-5	311	Gebühren für Gelbfieberimpfungen	0	112.000	144.080
<i>51.01.03</i>	512		0		132.191
119 00-9	311	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	500	270
<i>51.01.03</i>	512		0		150
124 00-2	311	Mieten und Pachten	0	2.500	2.566
<i>51.01.03</i>	512		0		2.566
125 13-0	311	Von den Ärzten für die Inanspruchnahme der	0	6.000	8.034
<i>51.01.03</i>	512	Einrichtungen	0		3.578
		Gesamteinnahmen Kapitel 3512	0	266.470	315.134
			0		316.315

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
AUSGABEN					
422 01-1	311	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	143.480	205.780	184.492
51.01.03	512		138.930		210.875
	925				
427 01-3	311	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	0	6.980	9.206
51.01.03	512	Tätige	0		9.650
	925				
428 01-0	311	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	666.230	588.200	695.337
51.01.03	512		661.060		645.140
	925				
443 07-8	311	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	0	370	0
51.01.03	512	Verordnungen -Einsatz an ADV-Anlagen usw.-	0		0
511 00-6	311	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Aus-	0	11.770	9.098
51.01.03	512	stattungs-/Ausrüstungs-/sonst.Gebrauchsgegenstände	0		11.720
514 00-5	311	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	0	68.400	82.744
51.01.03	512		0		73.865
517 00-4	311	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	15.290	7.629
51.01.03	512		0		8.799
518 00-0	311	Mieten und Pachten	0	55.000	55.067
51.01.03	512		0		53.096
525 00-7	311	Aus- und Fortbildung	0	5.700	6.991
51.01.03	512		0		944
	924				
527 00-0	311	Dienstreisen	0	900	668
51.01.03	512		0		901
	924				
531 20-1	311	Kosten für Software	0	0	0
51.01.03	512		0		1.420
532 55-0	311	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für Dienst-	0	4.710	5.628
51.01.03	512	leistungen (Innenreinigung)	0		11.718
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
532 61-5	012	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	0	4.240	5.392
51.01.03	512		0		4.451
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
		3. Die Mittel sind nicht übertragbar.			
532 72-0	012	An Performa Nord, Entgelte für Postdienst-	0	4.500	4.006
51.01.03	512	leistungen	0		3.529

Kapitel 3512
Hafengesundheitsamt Bremerhaven/Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
532 75-5	311	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	0	12.880	19.472
51.01.03	512		0		21.170
539 33-4	311	Kosten für Lizenzen für Software sowie Wartung und	0	610	0
51.01.03	512	Pflege	0		0
812 00-6	311	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen	0	1.840	598
51.01.03	512	Sachen	0		3.083
Gesamtausgaben Kapitel 3512			809.710	987.170	1.086.330
			799.990		1.060.361
Abschluss Kapitel 3512					
Gesamteinnahmen Kapitel 3512			0	266.470	315.134
			0		316.315
Zuschuss/Überschuss			-809.710	-720.700	-771.196
			-799.990		-744.046

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	

3520 **Krankenhausfinanzierung**

Die Krankenhausinvestitionen werden gemäß dem Bremischen Krankenhausgesetz (BremKrhG) grundsätzlich zu 2/3 vom Land und zu je 1/3 von der Stadtgemeinde Bremen oder der Stadtgemeinde Bremerhaven getragen.

EINNAHMEN

131 00-0	312	Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken	0	0	0
<i>51.03.01</i>	500		0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 3520	0	0	0
			0		0

Kapitel 3520
Krankenhausfinanzierung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2012	Anschlag 2011	IST 2010
			2013	EUR	
AUSGABEN					
526 20-9	312	Gutachterkosten und Bauprüfungen	7.590	7.740	11.028
51.03.01	500		7.520		12.439
564 01-1	831	BKF-Zinsen Regionalisierung der Psychiatrie	80.610	0	0
51.03.01	500		75.090		0
661 20-3	312	Zentraler OP und zentralisierte Aufnahme im	0	0	253.097
51.03.01	500	Klinikum Bremen-Mitte (Zinsen)	0		270.863
662 20-0	312	Schuldendiensthilfen an freigemeinnützige	0	0	0
51.03.01	500	und private Krankenhäuser (Zinsen)	0		274
664 20-2	312	Kapitaldienstfinanzierung: Regionalisierung der	0	102.500	73.612
51.03.01	500	Psychiatrie (Zinsen)	0		75.237
884 20-2	312	Kapitaldienstfinanzierung: Regionalisierung der	132.000	132.420	132.420
51.03.01	500	Psychiatrie (Tilgung)	132.000		132.420
891 25-0	312	Zentraler OP und zentralisierte Aufnahme im	0	0	3.650.610
51.03.01	500	Klinikum Bremen-Mitte (Tilgung)	0		1.202.300
891 30-6	312	Kurzfristige Investitionen an Klinika der	3.159.760	3.159.760	3.148.870
51.03.01	500	Gesundheit Nord	3.159.760		3.148.870
891 31-4	312	Mittel- und langfristige Investitionen an Klinika	2.061.300	300.730	853.079
51.03.01	500	der Gesundheit Nord	2.032.630		839.023
892 31-0	312	Kurzfristige Investitionen an freigemeinnützige	1.361.450	1.361.450	1.361.284
51.03.01	500	und private Krankenhäuser	1.361.450		1.354.584
892 32-9	312	Mittel- und langfristige Investitionen an	807.240	1.367.770	590.649
51.03.01	500	frei gemeinnützige und private Krankenhäuser	844.120		347.196
Gesamtausgaben Kapitel 3520			7.609.950	6.432.370	10.074.650
			7.612.570		7.383.205
Abschluss Kapitel 3520					
Gesamteinnahmen Kapitel 3520			0	0	0
			0		0
Zuschuss/Überschuss			-7.609.950	-6.432.370	-10.074.650
			-7.612.570		-7.383.205

Produktbereich: 41.07

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Hilfen f. Sucht-, Drogen-, psych. Kranke

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Leistungen für psychisch Kranke, Sucht- und Drogenkranke sowie Leistungen für Patientinnen und Patienten des Maßregelvollzuges.
Erstattung der Eingliederungshilfekosten für die o.g. Zielgruppen durch den überörtlichen Kostenträger an Bremerhaven

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Aufrechterhaltung eines Systems zur Beratung und Unterstützung für Sucht- und Drogenkranke sowie psychisch Kranke zum Zwecke der gesundheitlichen und sozialen Stabilisierung und Integration.
Weitere Vernetzung der ambulanten, teilstationären und stationären Angebote.
Schaffung von Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten.

Langfristige Perspektiven:

Integration der verschiedenen Unterstützungssysteme für psychisch Kranke sowie Sucht- und Drogenkranke im ambulanten, stationären und rehabilitativen Bereich. Stärkung der Früherkennung und Frühintervention für Sucht- und Drogenkranke.

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	950	934	1.180	923	22
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	950	934	1.180	923	22
Personalausgaben	749	761	752	598	689
Sonst. konsumtive Ausgaben	64.451	63.374	62.106	61.126	57.319
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	65.200	64.135	62.858	61.724	58.008
Saldo	-64.250	-63.201	-61.678	-60.801	-57.986
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	1,46	1,46	1,88	1,50	0,04
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	13,4	0,0	12,6
Personalbestand	0,0	0,0	10,5	0,0	11,9
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	2,9	0,0	0,7
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote			4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	0,0	0,0
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	42,0	45,3
Frauenquote			50,0	45,6	46,9
Teilzeitquote			35,0	39,1	46,4
Schwerbehindertenquote			6,0	3,0	6,2

C. Erläuterungen zu 1. A-B

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Fallzahl Forensik Klinikum Bremen-Ost [PRS]	125,000	124,000	123,000	124,000	122,000
Betreutes Wohnen für Psychisch Kranke [ST]	660,000	650,000	580,000	600,000	568,000

B. Erläuterungen zu 2.

Produktgruppe: 41.07.01

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Leistungen für Sucht- und Drogenkranke

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.07

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Hilfen f. Sucht-, Drogen-, psych. Kranke

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Stahmann

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

In dieser Produktgruppe wird nur das an die Träger (Ambulante Drogenhilfe gGmbH und comeback gGmbH) überlassene Personal des Amtes für Soziale Dienste erfasst.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Auftragsgrundlage:

Zuzuordnende Kapitel:

3496

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0	0
Personalausgaben	749	761	752	598	689
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	749	761	752	598	689
Saldo	-749	-761	-752	-598	-689
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	13,4	0,0	12,6
Personalbestand	0,0	0,0	10,5	0,0	11,9
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	2,9	0,0	0,7
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre			22,5	0,0	0,0
Beschäftigte über 55 Jahre			17,5	42,0	45,3
Frauenquote			50,0	45,6	46,9
Teilzeitquote			35,0	39,1	46,4
Schwerbehindertenquote			6,0	3,0	6,2
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Die Drogenberatungsstellen und das Kontakt- und Beratungszentrum TIVOLI waren bis Ende 2004 in kommunaler Trägerschaft des AfSD und wurden zum 1.1.2005 an die freigemeinnützigen Träger 'Ambulante Drogenhilfe Bremen gGmbH' und 'comeback gGmbH' abgegeben. Seit 2005 wird hier nur noch das Personal geführt, dass im Rahmen der Personalüberlassung vom AfSD an die Träger ' Ambulante Drogenhilfe Bremen gGmbH' und ' comeback gGmbH' übertragen wurde. Da freiwerdende Stellen in Zuwendungsmittel umgewandelt werden, wird sich der kommunale Personalbestand schrittweise reduzieren.

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen						
D. Erläuterungen zu 3. A-C						

Produktgruppe: 41.07.02

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Sozialpsychiatrische Leistungen

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.07

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Hilfen f. Sucht-, Drogen-, psych. Kranke

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Stahmann

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Sozialhilfeleistungen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für psychisch kranke, sucht- und drogenkranke Erwachsene, die aufgrund der Schwere ihrer Erkrankung auf besondere Hilfen und Leistungen angewiesen sind.

Zu den Leistungen zählen:

Ambulante und stationäre Förder- und Unterstützungshilfen in den Bereichen Selbstversorgung und Wohnen, zur Tagesstrukturierung und Kontaktgestaltung, bei der Inanspruchnahme sozialer und med. Hilfen und im Bereich Beschäftigung/Arbeit/Ausbildung. Die PG umfasst folgende zielgruppenspezifischen Leistungen:

Betreutes Wohnen für Psychisch Kranke, Wohnheime in Bremen für Psychisch Kranke, Wohnheime außerhalb Bremens für Psychisch Kranke, Tagesstätten, Familienpflege, Nichtbehandlungs- fälle/Pflegefälle in Klinik, Beschäftigte in einer Werkstatt für Behinderte(WfBM), Sonstige teilstationäre Hilfen zu Arbeit und Beschäftigung (WeBeSo). Siehe weitere unter "Auftrag/ Ziele/ Perspektiven".

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Fortsetzung:

Betreutes Wohnen für Suchtkranke, Wohnheime in Bremen für Suchtkranke, Wohnheime außerhalb Bremens für Suchtkranke, Übergangwohnheime für Suchtkranke, Betreutes Wohnen für Drogenkranke, Wohnheime außerhalb Bremens für Drogenkranke.

Übergeordnete Ziele der Hilfen sind:

- zu einer weitgehend selbständigen Lebensführung und zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft einschließlich der Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung zu befähigen
- die behinderungsbedingten Beeinträchtigungen und deren Folgen zu überwinden bzw. zu mildern

Bei der Planung und Umsetzung der Hilfen gelten folgende Leitlinien:

- ambulant vor stationär
- eine möglichst gemeindenahere Versorgung
- personenzentrierte Gestaltung der Hilfen und Leistungen
- Weiterentwicklung der Kooperations- und Koordinationsbezüge
- eine fortlaufende Qualitätsentwicklung der Hilfen

Auftragsgrundlage:

SGB II, III, V, VIII, IX, und XII, ÖGDG, BtmG, PsychKG, Senats- und Deputationsbeschlüsse.

Zuzuordnende Kapitel:

0408; 0410; 3412; 3413; 3418; 3419; 3420; 3473

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	897	882	1.150	874	1
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	897	882	1.150	874	1
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	47.592	46.797	45.559	44.197	42.503
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	47.592	46.797	45.559	44.197	42.503
Saldo	-46.695	-45.915	-44.409	-43.323	-42.502
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	1,88	1,88	2,52	1,98	0,00
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäft in einer Werkstatt f. beh. Menschen	[PRS]	370,000	370,000	380,000	389,000	366,000
Bremer in Wohnh. f. Suchtkranke außerh.	[ST]	40,000	40,000	30,000	34,000	32,000
Bremer in Wohnh. f. Drogenkranke außerh.	[ST]	85,000	80,000	47,000	70,000	59,000
Betreutes Wohnen für Drogenkranke	[ST]	160,000	150,000	160,000	146,000	145,000
Betreutes Wohnen suchtkranke Menschen	[ST]	95,000	95,000	102,000	92,000	90,000
Wohnheime für suchtkranke Menschen	[ST]	85,000	85,000	85,000	85,000	73,000
Wohnheime für psychisch kranke Menschen	[ST]	185,000	185,000	205,000	193,000	197,000
Betreutes Wohnen für Psychisch Kranke	[ST]	660,000	650,000	580,000	600,000	568,000
Bremer in Wohnheimen außerhalb	[ST]	85,000	85,000	85,000	77,000	91,000
Nichtbehandlungsfälle	[ST]	6,000	6,000	8,000	6,000	10,000
Familienpflege	[ST]	12,000	12,000	14,000	11,000	10,000
Übergangswohnheime	[ST]	45,000	45,000	55,000	39,000	46,000
Sonst. teilst. HzA und Besch. (WeBeSo)	[ST]	110,000	110,000	70,000	82,000	80,000
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
C. Vergleichskennzahlen						
D. Erläuterungen zu 3. A-C						

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2013	Anschlag 2012
Konsumtive Einnahmen	0	0	897	882
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	897	882
Personalausgaben	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	9.709	9.548	37.883	37.249
Zinsausgaben	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamtausgaben	9.709	9.548	37.883	37.249
Saldo	-9.709	-9.548	-36.986	-36.367
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Leistungskennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2012
Beschäft in einer Werkst f beh. Menschen [PRS]			370,000	370,000
Betreutes Wohnen für Psychisch Kranke [ST]			660,000	650,000
Bremer in Wohnh. f. Suchtkranke außerh. [ST]			40,000	40,000
Bremer in Wohnh. f. Drogenkranke außerh. [ST]			85,000	80,000
Betreutes Wohnen für Drogenkranke [ST]			160,000	150,000
Betreutes Wohnen suchtkranke Menschen [ST]			95,000	95,000
Wohnheime für suchtkranke Menschen [ST]			85,000	85,000
Wohnheime für psychisch kranke Menschen [ST]			185,000	185,000
Bremer in Wohnheimen außerhalb [ST]			85,000	85,000
Nichtbehandlungsfälle [ST]			6,000	6,000
Familienpflege [ST]			12,000	12,000
Übergangswohnheime [ST]			45,000	45,000
Sonst. teilst. HzA und Besch. (WeBeSo) [ST]			110,000	110,000

D. Erläuterungen zu 4. A-C

Produktgruppe: 41.07.03

Verantwortlich: Stroth

Kosten des Maßregelvollzuges

Land

1. Basisinformationen

Produktbereich: 41.07

Verantwortlich: Dr. Gruhl

Hilfen f. Sucht-, Drogen-, psych. Kranke

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Stahmann

Jugend und Soziales

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Leistungen für Patientinnen und Patienten des Maßregelvollzuges

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Stationäre und komplementäre Versorgung von Patientinnen und Patienten des Maßregelvollzuges nach §§ 63, 64 StGB.
Stärkung und Ausbau der Forensischen Nachsorge zur Stabilisierung und zur Vermeidung von Rückfällen von Patientinnen und Patienten des Maßregelvollzuges nach Entlassung aus dem stationären Bereich.

Auftragsgrundlage:

PsychKG, SGB II, III, V, VIII, IX, und XII, StGB, BtmG, BrAG SGB XII, Senats- und Deputationsbeschlüsse

Zuzuordnende Kapitel:

0408; 0410

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2013	Anschlag 2012	Anschlag 2011	Ist 2010	Ist 2009
Konsumtive Einnahmen	53	52	30	49	21
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	53	52	30	49	21
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	16.859	16.577	16.547	16.929	14.816
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	16.859	16.577	16.547	16.929	14.816
Saldo	-16.806	-16.525	-16.517	-16.880	-14.795
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,31	0,31	0,18	0,29	0,14
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2013	Anschlag 2012			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

3. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009	
Fallzahl Forensik Klinikum Bremen-Ost [PRS]	125,000	124,000	123,000	124,000	122,000	
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Planung 2013	Planung 2012	Planung 2011	Ist 2010	Ist 2009	
C. Vergleichskennzahlen						
D. Erläuterungen zu 3. A-C						

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Produktbereich / -gruppe Nummer:	51.01.01
Bezeichnung:	Gesundheitsförderung, -hilfe und -schutz

Gesamtvolumen in Tsd. €:

(Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)

Einnahmen:

2011:	496	(nachrichtl.)
2012:	479	
2013:	124	

Ausgaben:

2011:	3.212	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2012:	3.302		VE:	
2013:	2.945		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Produktgruppe beinhaltet die Finanzierung von gesetzlichen Verpflichtungen und langfristig gewährten freiwilligen Leistungen, die zur Förderung gesunder Lebens- und Umweltbedingungen sowie zur Absicherung des Gesundheitsschutzniveaus und der Gesundheitshilfe notwendig sind. Der Leistungsumfang entspricht dem aller Bundesländer und dient, soweit er nicht sogar gesetzlich verpflichtend ist, der Daseinsvorsorge.

Bei jeder Haushaltsaufstellung werden die Leistungen erneut auf Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit geprüft und soweit irgend möglich reduziert. Auf die Leistungen kann jedoch zur Zeit nicht verzichtet werden.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Produktbereich / -gruppe Nummer:	51.01.02
Bezeichnung:	Gesundheitsamt Bremen

Gesamtvolumen in Tsd. €:

(Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)

Einnahmen:

2011:	2.205	(nachrichtl.)
2012:	2.574	
2013:	2.596	

Ausgaben:

2011:	11.391	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2012:	11.837		VE:	
2013:	11.710		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Produktgruppe umfasst die Kosten der Aufgabenwahrnehmung insbesondere nach dem Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen.

Der öffentliche Gesundheitsdienst hat danach in Kooperation mit anderen Trägern gesundheitlicher Dienste die Verpflichtung zur Förderung gesunder Lebensverhältnisse, dem Schutz vor gesundheitlicher Beeinträchtigung des Einzelnen und der Allgemeinheit, der Stärkung gesundheitlicher Eigenverantwortlichkeit und der Sicherung notwendiger Hilfen (subsidiäres Angebot).

Im Rahmen verschiedener aufgabenkritischer Prozesse erfolgte in unterschiedlichen Bereichen eine Modifizierung des Aufgabenspektrums und eine daraus resultierende deutliche Personalreduzierung. Die Stellenreduzierungen konnten bereits weitgehend (in den letzten 5 Jahren über 11%) umgesetzt werden. Bei bestehenden Kooperationsvereinbarungen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst konnten die Einnahmen gesteigert werden, die weitere Teil-Refinanzierungen des Personaleinsatzes ermöglichen.

Eine weitere Kooperation mit der BAgIS über die Erbringung gutachterlicher ärztlicher Leistungen durch das Gesundheitsamt wird seit 2005 durchgeführt und konnte zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen von rund 200 Tsd. Euro beitragen.

Zur Umsetzung des „Gesetz zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Kindesvernachlässigung“ wurde die „Einladende Stelle Früherkennung und Frühberatung“ am Gesundheitsamt Bremen eingerichtet. Ein sozialraumbezogene Projekt TippTapp, das vorausschauende Beratung für Familien mit Säuglingen und Screening auf jugendhilferelevanten Unterstützungsbedarf verbindet wurde ebenfalls im Gesundheitsamt etabliert.

Seit 5 Jahren nimmt das Gesundheitsamt Bremen der Funktion der Zentralen Stelle für Niedersachsen, Bremen wahr. Dieser Aufgabenbereich ist zu 100 % aus Mitteln der Gesetzlichen und Privaten Krankenversicherung refinanziert. Dadurch können zusätzliche Einnahmen von rund 90 Tsd. Euro erzielt werden, die eine Refinanzierung von Verwaltungspersonal im Umfang von 2,5 VK ermöglichen.

Das dargestellte Budget stellt das Minimum dar, um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Bestätigung:

Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.

(In Verantwortung des Ressorts)

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Produktbereich / -gruppe Nummer:	51.01.04
Bezeichnung:	Drogen- und Suchtkrankenhilfe

Gesamtvolumen in Tsd. €: (Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)			
Einnahmen:			
2011:	0	(nachrichtl.)	
2012:	0		
2013:	0		
Ausgaben:			
2011:	1.274	(nachrichtl.)	VE: (nachrichtl.)
2012:	1.270		VE:
2013:	1.271		VE:

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
 landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
 sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Produktgruppe umfasst die Kosten des ambulanten Drogenhilfesystems. Die Finanzierung erfolgt auf Zuwendungsbasis. Zur aufgabenkritischen Überprüfung des ambulanten Drogenhilfesystems wurde 2003 eine Untersuchung durch die Firma 'FOGS' in Auftrag gegeben und durchgeführt. Als Ergebnis wurde eine Reduzierung der Beratungsstellen und eine Übertragung der Aufgaben an einen Freien Träger vorgeschlagen. Seit dem 1.1.2005 sind diese Vorschläge umgesetzt. In den Jahren 2006 und 2007 ist eine deutliche Reduzierung der Zuwendungen erfolgt. Damit ist jetzt aber eine kritische Grenze zur Sicherstellung der Versorgung erreicht. Ziel ist es, nach wie vor eine leistungsfähige und angemessene Basisversorgung im Drogenhilfesystem zu gewährleisten.

Seit dem 01.01.2007 ist laut Senatsbeschluss die Medizinische Ambulanz mit Überbrückungssubstitution des Gesundheitsamtes an den Drogenhilfeträger comeback gGmbH übertragen.

Darüber hinaus werden in dieser Produktgruppe noch weitere Projekte der Suchtkranken- und Drogenhilfe finanziert, überwiegend im Bereich Selbsthilfe. Im Zusammenhang mit den Schwerpunktmitteln zur Sicherung des Kindeswohls erfolgte die personelle Aufstockung für die Arbeit mit Schwangeren und substituierten Müttern bei einem Träger.

Für den Zeitraum 2010 bis 2014 wurden mit den Trägern Zuwendungsrahmenverträge abgeschlossen, die auch eine Ziel- und Maßnahmeplanung beinhalten. Darin bekunden die Vertragspartner ihre Absicht, im Vertragszeitraum keine Budgetkürzungen vorzunehmen.

Diese Produktgruppe korrespondiert mit der Produktgruppe 41.07.01 - Leistungen für Sucht- und Drogenkranke .

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Produktbereich / -gruppe Nummer:	51.02.01
Bezeichnung:	LMTVet-Dienste des Landes Bremen

Gesamtvolumen in Tsd. €:

(Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)

Einnahmen:

2011:	7.045	(nachrichtl.)
2012:	7.221	
2013:	7.332	

Ausgaben:

2011:	7.923	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2012:	8.004		VE:	
2013:	7.945		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Produktgruppe beinhaltet die Finanzierung insbesondere folgender Aufgaben:

Das Aufgabenspektrum des LMTVet des Landes Bremen beinhaltet die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit, Im- und Exportabwicklung in der Grenzkontrollstelle und Pflanzenbeschau, die Schlacht tier- und Fleischbeschau in der Fleischhygiene, Tierschutz, Tierseuchen, Tierkörperbeseitigung und Pflanzenschutz.

Der LMTVet des Landes Bremen führt die notwendigen Überwachungen und die Überprüfungen - einschließlich erforderlicher Probenahme - mit der Zielsetzung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zur Sicherung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes durch.

In Verbindung mit dem abgeschlossenen Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Bremen werden die Aufgaben der vereinbarten Kooperation Schwerpunktsetzungen durchgeführt.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Produktbereich / -gruppe Nummer:	51.02.02
Bezeichnung:	Landesuntersuchungsamt (LUA)

Gesamtvolumen in Tsd. €:

(Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)

Einnahmen:

2011:	0 (nachrichtl.)
2012:	0
2013:	0

Ausgaben:

2011:	2.510 (nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2012:	2.496	VE:	
2013:	2.512	VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Produktgruppe beinhaltet die Finanzierung insbesondere folgender Aufgaben:

- Untersuchungen und Begutachtungen im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung sowie veterinärmedizinische Untersuchungen im Rahmen der Fleischhygiene und Tiergesundheit
- Wasser-, Abwasser- und Trinkwasser und Badewasseruntersuchungen
- Untersuchungen in den Schwerpunkten „Kaffee, Tee, Kakao“ sowie „Fisch und Fischerei-Erzeugnisse (Mikrobiologie)“ für Niedersachsen im Rahmen des abgeschlossenen Staatsvertrages
- Untersuchungen im Rahmen der norddeutschen Kooperation
- Einfuhruntersuchungen im Lebensmittelbereich
- Erfüllung rechtlich vorgegebener Meldepflichten

Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt auf der Grundlage der Basisverordnung (V(EG) Nr. 178/2002 und der Kontrollverordnung (V(EG) Nr. 882/2004) der EU und den weiteren ausführenden Rechtsvorschriften der Gemeinschaft sowie den nationalen Rechtsvorschriften zur Überwachung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen, dem Tierseuchengesetz, Infektionsschutzgesetz, Wasserhaushaltsgesetz und deren Durchführungsvorschriften.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Produktbereich / -gruppe Nummer:	51.03.01
Bezeichnung:	Krankenhausplanung, Investitionsförderung

Gesamtvolumen in Tsd. €:

(Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)

Einnahmen:

2011:	0 (nachrichtl.)
2012:	0
2013:	0

Ausgaben:

2011:	26.783 (nachrichtl.)	VE:	0 (nachrichtl.)
2012:	24.355	VE:	0
2013:	25.054	VE:	0

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Aufgabe der Investitionsförderung im Krankenhausbereich wird durch die bundesrechtlichen Bestimmungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) und durch die landesrechtlichen Bestimmungen des Bremischen Krankenhausgesetzes (BremKrhG) bestimmt. Entsprechend diesen gesetzlichen Vorgaben wird zur Sicherstellung der stationären Krankenhausversorgung und zur Verwirklichung der Ziele des Landeskrankenhausplans ein Investitionsprogramm aufgestellt. Die Finanzierung der Bauinvestitionen (mittel- und lang-fristige Anlagegüter) erfolgt ab dem Jahr 2011 in Form von "Baupauschalen". Kurzfristige Anlagegüter (z.B. medizintechnisches Gerät) werden im Rahmen der „pauschalen Förderung“ in Abhängigkeit der Betten- und Fallzahl des jeweiligen Krankenhauses jährlich direkt gefördert.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	51.04.02
Bezeichnung:	Gewerbeaufsicht des Landes Bremen

Gesamtvolumen in Tsd. €: (Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)			
Einnahmen:			
2011:	1.090.040,00	(nachrichtl.)	
2012:	1.121.000,00		
2013:	1.137.820,00		
Ausgaben:			
2011:	382.520,00	(nachrichtl.)	VE: (nachrichtl.)
2012:	375.560,00		VE:
2013:	372.330,00		VE:

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die fachlichen Ziele der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen sind:

die Erhaltung und Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit durch Schaffung von zeitgemäßen Arbeitsbedingungen,

der Schutz Dritter vor schädlichen ionisierenden Strahlen, gefährlichen Stoffen, Geräten und Anlagen,

der Schutz von Menschen, Tieren, Pflanzen und Sachgütern vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionsschutz).

Rechtliche Grundlage hierfür sind die einschlägigen Gesetze wie z.B. Arbeitsschutzgesetz, Geräte- und Produktsicherheitsgesetz, Chemikaliengesetz, Arbeitszeitgesetz, Atomgesetz, Sprengstoffgesetz und Bundes-Immissionsschutzgesetz sowie die auf Grundlage dieser Gesetze erlassenen Verordnungen, jeweils in Verbindung mit den Bremischen Zuständigkeitsregelungen.

Die Erforderlichkeit der Ausgaben wurde gründlich geprüft, mit dem Ergebnis, dass weitere Einsparungen nicht möglich sind.

Hinsichtlich der Einnahmen wird festgestellt, dass sich diese überwiegend durch Bußgeldverfahren und Genehmigungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz definieren und seitens der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen nicht beeinflusst werden können.

Bestätigung:
*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
 (In Verantwortung des Ressorts)*

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Produktbereich / -gruppe Nummer:	51.04.03
Bezeichnung:	Eichamt des Landes Bremen

Gesamtvolumen in Tsd. €: (Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)			
Einnahmen:			
2011:	714	(nachrichtl.)	
2012:	610		
2013:	663		
Ausgaben:			
2011:	907	(nachrichtl.)	VE: (nachrichtl.)
2012:	955		VE:
2013:	937		VE:

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Ausgaben werden aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben für die Eichung und Überwachung nach dem Eichgesetz benötigt.

Die investiven Ausgaben sind erforderlich, um die Infrastruktur (v.a. Geräte und Fahrzeuge) der Eichämter auf dem für den Vollzug notwendigen Stand zu erhalten. Die geplanten konsumtiven Mittel von werden benötigt, um den Vollzug aufrecht zu halten. Die Gesamtausgaben sind sehr genau kalkuliert und lassen keinen Spielraum nach unten zu.

Der Haushaltsanschlag zu den Einnahmen geht von einer maximalen Nutzung aller Einnahmequellen der Eichämter des Landes Bremen aus.

Bestätigung:

Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.

(In Verantwortung des Ressorts)

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit
Produktbereich / -gruppe Nummer:	51.90.01
Bezeichnung:	Sonstige Angelegenheiten Gesundheit

Gesamtvolumen in Tsd. €: (Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)			
Einnahmen:			
2011:	400	(nachrichtl.)	
2012:	437		
2013:	441		
Ausgaben:			
2011:	3.027	(nachrichtl.)	VE: (nachrichtl.)
2012:	3.060		VE:
2013:	3.036		VE:

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die Produktgruppe umfasst die Personalkosten der senatorischen Behörde für den Bereich Gesundheit, der bundesgesetzliche und landesgesetzliche sowie dezernatsbezogene Aufgaben erfüllt.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*